Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 86. Dienstag, den 11. April 1916. 23. Jahrg.

„Geschäft wie gewöhnlich!"

Zu den vielen Schlagworten, die die Welt dem gewesenen englischen Marineminister und Naturburschen Winston Churchill verdankt, gehört auch das: „Business as usual!" Als es ausgesprochen wurde, sollte es besagen, daß der ganze Weltkrieg England weiter nicht berühre, als daß es wie sonst zu kolonialen Expeditionen seine Berufsarmee nun einmal nach dem Festland Europas sende; Handel und Wandel würden ebensowenig gestört werden, wie etwa durch den Burenkrieg.

Daß es ganz anders gekommen ist, das weiß heute die Welt, wissen die Engländer selbst am besten, und einen wie großen Teil seiner finanziellen und industriellen Macht Großbritannien an die Vereinigten Staaten abgeben mußte, das wird man in vollem Umfang wohl erst nach Beendigung des Krieges erfahren.

Dennoch kann nicht gesagt werden, daß in England mit dem Krieg und während des Krieges kein Geschäft gemacht worden sei. Ganz unzweifelhaft haben großkapitalistische Kreise enorme Summen eingeheimst. Nur — es sind in der Hauptsache die Verbündeten Englands, an denen der Profit gemacht wurde, und zwar in erster Linie Frankreich.

Dieser Tage kam aus Paris die Nachricht von einer Maßregel der französischen Regierung, die tatsächlich gleichbedeutend ist mit der Beschlagnahme der gesamten französischen Handelsflotte für Staatszwecke. Nach dem „Temps" bestimmte nämlich der Marineminister, daß grundsätzlich jedes französische Schiff zu jeder Fahrt einer ausdrücklichen Ermächtigung bedürfe, die von den Behörden nur dann erteilt würde, wenn die Fahrt der Verproviantierung des Landes diene.

In einem Land, wo die Lehre von der Unantastbarkeit der privaten Unternehmungen so zähe festgehalten wird, wo z. B. die Verstaatlichung der Eisenbahnen bisher unmöglich war, wo trotz aller Finanznöte nicht einmal während des Krieges die Einkommensteuer durchgesetzt werden konnte, muß es schon als revolutionärer Schritt erscheinen, wenn auf die ganze Handelsflotte für Staatszwecke, für den Dienst der Allgemeinheit Beschlag gelegt wird. Das ist ganz etwas anderes, als wenn einzelne Schiffe gegen entsprechende Entschädigung für Transporte von Truppen oder Kriegsmaterial in Anspruch genommen werden, das ist die wenigstens zweitweise Verstaatlichung der Schiffahrt. Wenn die Regierung diesen Schritt wagte, so muß sie in der höchsten Not gewesen sein.

Die Erklärung findet sich in der Tatsache, daß die Verbündeten von jenseits des Kanals, die Engländer, sich die Kriegsverhältnisse zunutze gemacht haben, um von Frankreich einen ungeheuren Tribut zu erpressen, und zwar in der Form von Frachtkosten.

Die deutsche Besetzung der nördlichen Departements hat Frankreich seines Hauptkohlengebiets beraubt; es muß Kohlen von auswärts beziehen. Derselbe Umstand nötigt es, auch für wichtige andere Artikel Kunde des Auslandes zu werden. Durch das Aufgebot fast aller arbeitsfähigen Männer für den Heeresdienst ist in Frankreich die zum guten Teil auf Kleinbetrieb eingestellte Landwirtschaft der Kräfte beraubt und die Folge ist, daß schon im vorigen Jahr viel Ackerboden unbestellt blieb, was eine gewaltige Steigerung der Nahrungsmitteleinfuhr nötig machte. Kurz: ganz abgesehen von Kriegsmaterial und Rohstoffen hierfür, wuchs das Bedürfnis nach Zufuhr ganz gewaltig, und zwar Zufuhr auf dem Seeweg. Bei der schon in Friedenszeiten nicht ausreichenden eigenen Handelsflotte fiel die Aufgabe, den Transport zu besorgen, natürlich englischen Schiffen zu. Und nun war die Parole der britischen Reedereien: „Geschäft, wie gewöhnlich", d. h. Ausnützung der Gelegenheit zur Erzielung der höchsten Profite.

In einer ihrer Sitzungen verhandelte neulich die französische Kammer über eine Interpellation des Abgeordneten Guernier, „betreffend die Maßregeln, die von der Regierung ergriffen worden sind oder zu ergreifen beabsichtigt werden, um der Frachtenkrisis abzuhelfen". Wahrscheinlich ist die oben erwähnte Schiffsbeschlagnahme die Maßregel, die „die Regierung zu ergreifen beabsichtigte". Das Wichtige ist aber die Begründung, die in der Kammer der Interpellanten gegeben wurde.

Guernier selbst führte an, wie durch die Steigerung der Frachtkosten die Waren verteuert würden, wie aber auch die Reedereien gewaltige Profite dabei machten; eine einzige Gesellschaft habe seit Kriegsbeginn 40 Millionen Ueberschuß erzielt. Seit Anfang des Krieges, so sagte Guernier erklärend, sei durch die Kriegsbedürfnisse die Nachfrage nach Schiffsraum gestiegen, das Angebot habe sich fortwährend vermindert, und zwar durch die Lahmlegung der deutschen und österreichischen Schiffe, dann die der russischen, weiter durch die Beschlagnahme für den Kriegsdienst, durch die Verluste auf See, namentlich infolge Zerstörung durch Unterseeboote und Minen. „Mit einem Wort, die Herrschaft über die Meere, die die erdrückende Ueberlegenheit ihrer vereinigten Flotten den Alliierten zu gewährleisten scheint, wird für sie von Tag zu Tag kostspieliger und unsicherer", schloß der Interpellant.

Hatte er den Hinweis auf das englische „Geschäft" vermieden, so kam die Klage darüber bei den folgenden Rednern desto deutlicher zum Ausdruck.

Der südfranzösische Abgeordnete Durandy verwies darauf, daß für Kohlen von England nach Marseille vor dem Krieg die Frachtkosten 8,50 Frank für die Tonne betrugen, Ende 1915 75 Frank, heute 130 Frank. „Frankreich bezahlte vor dem Krieg 350 Millionen jährlich an die fremde, d. h. englische Reederei: es hat ihr 1915 2 Milliarden bezahlt und hat in Aussicht, in diesem Jahr vier bis fünf Milliarden bezahlen zu müssen", sagte der Abgeordnete wörtlich.

Ein anderes Kammermitglied, André Hesse, führte ebenfalls Zahlen an über die Steigerung der Kohlenfrachtsätze von Cardiff nach den einzelnen französischen Häfen; verzehnfacht, verzwölffacht hätten sie sich.

Der Unterstaatssekretär der Marine, Louis Nail, hatte die undankbare Aufgabe, zu beschwichtigen. Man hätte an einen kurzen Krieg denken können (und natürlich auch gedacht bei der ungeheuren zahlenmäßigen Uebermacht der Koalition) und man habe nicht erwartet, daß er sich so weit und so lange ausdehnen würde. Die Dardanellen zuerst, dann Saloniki hätten unvorhergesehene beträchtliche Schiffsrequisitionen nötig gemacht. Die Tonnage des Weltfrachtmarktes für Handelszwecke sei von 50 Millionen auf 35 gesunken.

Was zu tun sei, hat der Minister nicht angegeben; auch die Presse brachte ihre Besprechungen in merkwürdig übereinstimmender Form, so daß die amtliche Einwirkung leicht erkennbar ist. Jede Anspielung darauf, daß England und seine Reedereien zu eigenem Nutzen die Frachten in schwindelnde Höhe treiben, wird vermieden. Nur die syndikalistische „Bataille" läßt erkennen, daß man im französischen Volk ganz gut weiß, welche Ursache die Not hat. Das Blatt sagt:

„Die ökonomische Rückwirkungen des Krieges sind unzählbar; mit einer davon — der Frachtensteigerung der Handelsschiffe — beschäftigten sich gestern die Deputierten. Ihre genauen und mitunter beredten Beschwerden zeigten die bedauerlichen Wirkungen einer planlos ausgeführten Requisition; sie stellten auch die merkwürdigen und wenig ehrenhaften Spekulationen der Reeder ins Licht, die diese vergnügt über die Möglichkeit, das allgemeine Unglück ausnützen zu können, hinter dem sehr dehnbaren Gesetz von Angebot und Nachfrage betrieben .... Die Unterseebootsgefahr, die Verringerung der Schiffe durch die Requisition für die Expedition nach den Dardanellen und nach Saloniki genügen nicht, die zehnfache Frachtpreissteigerung zu erklären und zu rechtfertigen, so wenig wie die schüchternen Vorschläge einiger Gesetzgeber genügen, um das Uebel zu beseitigen. Unserer Meinung nach hat nur Herr André Hesse den richtigen Ton angeschlagen, als er die Preisfestsetzung, die Begrenzung des Reederprofits verlangte, und zwar ebensowohl in England als in Frankreich. Dieser Deputierte von La Rochelle führte die praktischen und moralischen Gründe an, die sich einer Weigerung der Staatsgewalt jenseits des Kanals entgegenstellen würden, wenn wir ihr ein Vorgehen in diesem Sinne nachdrücklichst vorschlagen würden. Man spricht von einem wirtschaftlichen Einverständnis für die Zeit nach dem Kriege. Weshalb verwirklicht man denn dieses Einverständnis nicht sofort, sei es nur, um ein für die gemeinsame Sache aus allen Adern blutendes Land durch ein Zeichen der Dankbarkeit zu ermutigen? Die Kosten der Lebenshaltung steigen bei uns, und sie würden sich vermindern, wenn unsere Verbündeten ihren Reedern die Frachtsätze vorschreiben wollten. Wir gaben und wir geben heute noch unser Blut in Strömen. Die Herren englischen Reeder können und müssen auf einen Teil ihrer mehr als außergewöhnlichen Kriegsprofite verzichten, damit bei uns weniger Elend herrsche. Das ist die Moral der Kammerverhandlung ...."

Die französische Regierung hat eine solche Forderung an das Londoner Ministerium nicht gerichtet und wird sie nicht richten. Denn eine Absage wäre sicher. Selbst wenn sie den besten Willen dazu hätten, würden Asquith und Genossen nicht vermögen, die britischen Schiffseigner zum Verzicht auf die Ausnutzung einer so günstigen Gelegenheit für das „Geschäft" zu zwingen. Die mit dem Mantel der Demokratie umhangene großkapitalistische Oligarchie Englands läßt sich den Betrieb nicht stören. „Geschäft wie gewöhnlich" ist für sie ein Grundsatz, an dem nicht gerüttelt werden darf. Winston Churchill meinte ja seinen Ausspruch anders und ist durch die Ereignisse widerlegt worden; in dem Sinne aber, wie die City ihn auffaßt, bleibt der Satz wahr.

Deutschland auszuhungern vermag England trotz aller Verschärfung der Blockade nicht; das ist heute schon sicher. Aber das ihm verbündete Frankreich vollständig aussaugen, das kann es und ist im besten Zuge, es zu tun. In Frankreich beginnt man sich dessen bewußt zu werden, mehr oder minder klar.

Einstweilen versucht die Regierung durch eine verzweifelte Maßregel, im eigenen Machtbereich den Frachtwucher einzudämmen. Aber das kann wenig helfen, da eben die französische Schiffahrt nur ein verhältnismäßig geringer Faktor ist. Vielmehr wird politisch die Lage noch verschlimmert. Denn die betroffenen französischen Profitjäger werden bald genug lärmend darauf hinweisen, daß die englischen Profitjäger freien Spielraum behielten. Und das wird dazu beitragen, daß endlich auch im französischen Volk erkannt wird, wer das Geschäft bei dem Kriege macht.

Der Reichstag

setzte am Montag die Weiterberatung des Reichshaushaltsplans aus und unterzog einige neue Vorlagen der ersten Lesung. Zunächst das Gesetz, das Kapitalabfindung statt Kriegsversorgungsrenten zum Zweck der Ansiedlung auf eigenem Grund und Boden vorsieht. Der Kriegsminister General Wild v. Hohenborn erschien bei dieser Gelegenheit zum erstenmal als Minister im Reichstage und führte sich mit einer Rede ein, in der er hervorhob, daß die militärische Lage Deutschlands günstig sei, daß sie in den Heeresberichten wahrheitsgetreu geschildert werde und daß die Stimmung durchhalten müsse, die zur Sicherung des Sieges nötig sei. Außer den bürgerlichen Rednern, die dem Minister und der Vorlage warmen Beifall spendeten, sprachen die Genossen Hofrichter und Henke. Der erstere als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion warnte vor Illusionen, da sich nicht jedermann zur Ansiedlung auf dem Lande eigne, während Henke für die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft das Gesetz als agrarisch-materiell bezeichnete und schließlich einen Ordnungsruf erhielt. — Zur Vorlage auf Herabsetzung der Altersgrenze für die Arbeiter-Altersrente vom 70. auf das 65. Jahr sprachen sachkundig die Genossen Molkenbuhr und Büchner als Sprecher der beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Auch zu der Kalivorlage, die die völlige Neufestsetzung der Beteiligungsziffern wegen des Krieges hinausschiebt und der Kaliindustrie durch Preiserhöhung ihrer Produkte helfen will, sprachen Vertreter beider Fraktionen, die Genossen Brey und Dr. Cohn. Sämtliche Vorlagen gingen an Ausschüsse.

Am Schluß der Sitzung erbat der Präsident die Ermächtigung, die nächste Sitzung von sich aus Anfang Mai festzusetzen. Genosse Ledebour von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stellte den Antrag, am Dienstag noch eine Sitzung abzuhalten und den Etat des Reichstages zu beraten. Er begründete diesen Antrag damit, daß die Vorgänge am Schluß der Sonnabendsitzung die Notwendigkeit gezeigt hätten, die Redefreiheit der Reichstagsmitglieder zu schützen und die Verfassungsbestimmung zu wahren, daß wahrheitsgetreue Reichstagsberichte von jeder Verantwortung freibleiben. Dieser Antrag wurde abgelehnt, nachdem Genosse Scheidemann für die sozialdemokratische Fraktion zwar die Notwendigkeit der von Ledebour gewünschten Debatte anerkannt, sich aber gegen die überraschende Ansetzung einer Sitzung auf den Dienstag ausgesprochen hatte, weil nach den vorangegangenen Besprechungen im Hause bereits eine Anzahl von Abgeordneten in dringenden Geschäften abgereist seien.

Die nächste Vollsitzung des Reichstags wird also erst Anfang Mai stattfinden.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die „vorbedachte Räumung" von Bethincourt — wie die Franzosen es nennen — war unvollkommen. Es sind dabei über 700 unverwundete Gefangene, über ein Dutzend Maschinengewehre und zwei Geschütze liegen geblieben. Den Grund erfährt man aus dem deutschen Tagesbericht: der Ort ist abgeschnürt worden. Man kann annehmen, daß die Zahl der Gefangenen und die Ziffern der „schweren blutigen Verluste" den größten Teil der Truppen ausmachen, die den Eckpfeiler der französischen Front in Bethincourt besetzt hielten. Ihr eiliger Rückzugsversuch aus dem Dorfe wurde zur Niederlage. Diesen Erfolg verdanken wir den Schlesiern, die sich weder durch die schwierigsten Hindernisse der Dorf-Festung noch durch das sehr hinderliche Hochwasser des Forges-Baches, an der Eroberung dieses letzten Dorfes der Linie Malancourt—Forges, die den Höhenstellungen von Punkt 304—Mort Homme vorgelagert ist, aufhalten ließen. Sie sind bereits über Bethincourt hinaus vorgedrungen, indem sie zwei starke französische Stellungen auf dem südlichen Forgesufer (südwestlich von Bethincourt) erstürmten. Die Franzosen haben also auch am Nordrand der Höhe 304 bereits ein Stück der Abhänge verloren. Die Angriffe werden auf beiden

unsern systematisch weiter geführt — wie man sieht mit bestem Erfolg.

Nach einem Bericht aus dem Großen Hauptquartier übersteigt die Gesamtmenge der in den Kämpfen um Verdun seit dem 21. Februar gefangenen unverwundeten Franzosen nun das 36. Tausend.

Im „Journal" beschreibt ein Leutnant Bethincourt, das er zweimal, im Juni und September, gesehen hat, und in dessen Nähe er sich befindet. Das einst so reiche Dorf, das für die Ackerbauer eine wahre Goldgrube vor dem Kriege war, ist im Laufe der Gefechte ein Steinhaufen geworden. Keine einzige Mauer steht mehr aufrecht. Vergeblich sucht man die Stelle, wo einst die Kirche stand. Die Dorfstraßen sind nur eine Reihenfolge riesiger Trichter, die die furchtbare Wirkung der schweren Geschütze der Feinde veranschaulichen. Hier und da sind in dem Erdboden noch einige Keller erhalten geblieben. Diese sind jetzt durch Verbindungsgräben miteinander verbunden und dienten den Franzosen als sichere Unterstände. Die zahlreichen Obstgärten sind alle niedergemäht. In einzelnen hatten die Franzosen sehr tiefe Laufgräben angelegt.

In der französischen Kammer haben die Verhandlungen über das Cadres-Gesetz zu einer Kundgebung gegen General Joffre geführt, und zwar mit stillschweigender Zustimmung des Ministerpräsidenten Briand, wahrscheinlich sogar mit dessen Einverständnis. Der Abgeordnete Maginet, der in naher Beziehung zu Präsident Poincare steht, lud Joffre mit dürren Worten ein, jetzt, nachdem er von seinem Recht, alte oder nicht brauchbare Offiziere zu entlassen, reichlichen Gebrauch gemacht habe, sich selbst abzusägen. Ob Joffre dem entsprechen wird? Wir glauben es kaum!

In einer Audienz beim Papst soll Asquith der Meinung Ausdruck gegeben haben, der Krieg werde zum mindestens noch fünf Jahre dauern. Wir registrieren diese Äußerung nur, da wir es für ausgeschlossen halten, daß sich solche verrückte Ideen verwirklichen werden.

•

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 10. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den gewonnenen Trichterstellungen südlich von St. Eloi wiesen unsere Truppen Wiedereroberungsversuche feindlicher Handgranatenabteilungen restlos ab. Die Minenkämpfe zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras haben in den letzten Tagen wieder größere Lebhaftigkeit angenommen. Auf dem Westufer der Maas wurde Bethincourt und die ebenfalls stark ausgebauten Stützpunkte bei Alsace und Lorraine südwestlich davon abgeschnürt. Der Gegner suchte sich der Gefahr durch schleunigen Rückzug zu entziehen, wurde von den Schlesiern aber noch gefaßt und büßte nebst schweren blutigen Verlusten vierzehn Offiziere und rund 700 Mann an unverwundeten Gefangenen, 2 Geschütze und 13 Maschinengewehre ein.

Gleichzeitig räumten wir uns unbequeme feindliche Anlagen, Blockhäuser und Unterstände an verschiedenen Stellen der Front aus. So dicht nördlich des Dorfes Avocourt und südlich des Rabenwaldes. Auch bei diesen Einzelunternehmungen gelang es, die französischen Stellungen erheblich zu schädigen. An Gefangenen verloren sie außerdem mehrere Offiziere und 275 Mann.

Rechts der Maas wurde in ähnlicher Weise eine Schlucht am Südwestrande des Pfefferrückens gesäubert. 4 Offiziere und 184 Mann und Material blieb in unseren Händen. Weiter östlich und in der Woevre fanden lediglich Artilleriekämpfe statt.

Im Luftkampf wurde südöstlich von Damloup und nordöstlich von Chateau Salins je 1 französisches Flugzeug abgeschossen. Die Insassen des ersteren sind tot. Je ein feindliches Flugzeug wurde beim Absturz bei der Stadt Lens und im Caillettewalde beobachtet.

Oestlicher und Balkankriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

•

Wien, 10. April. Amtlich wird berichtet:

Russischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Görzischen hielt die feindliche Artillerie die Ortschaften hinter unserer Front unter Feuer. Ein Caproni-Flugzeug wurde bei seiner Landung nächst Lucinico durch unser Geschützfeuer vernichtet.

An der übrigen Front dauern die gewöhnlichen Artilleriekämpfe fort. Im Suganatal schossen die Italiener Caldonazzo in Brand. Auf Riva warfen feindliche Flieger Bomben ab. An der Ponale-Straße gelang es dem Gegner, sich in einigen vorgeschobenen Gräben südlich Sperone festzusetzen.

Gegen Frankreich und Belgien.

Französischer Generalstabsbericht

vom Sonntag nachmittag 3 Uhr: Westlich der Maas lebhafte Artillerietätigkeit während der Nacht. Östlich der Maas machten wir einige Fortschritte in den Verbindungsgängen südlich vom Dorf Douaumont und nahmen [illegible] ungefähr 150 Meter feindlicher Schützengräben. Zwei deutsche Granatenangriffe gegen unsere Stellungen im Caillette-Wald wurden zurückgeschlagen. In der Woevre-Ebene war die Nacht verhältnismäßig ruhig. In Lothringen wurde der Versuch eines feindlichen Handstreiches gegen unsere Schanzwerke in der Gegend von Embermenil völlig zum Scheitern gebracht. Der Feind erlitt einige Verluste. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Sonntag abend 11 Uhr: In den Argonnen richtete unsere Artillerie ein langanhaltendes Feuer auf die Verbindungswege des Feindes. Unsere schweren Batterien beschossen, während in dem Nebenabschnitt Operationen im Gange waren, wichtige Truppenansammlungen und marschierende Kolonnen in der Gegend von Montfaucon-Romagne. Bei der Höhe 285 brachten wir eine Mine zur Explosion, durch die wir einen feindlichen Graben auf ziemlich großer Breite verschütteten und einen kleinen feindlichen Posten zerstörten. Westlich der Maas fand während des ganzen Tages eine heftige Schlacht statt, welche auf unserer gesamten Front zwischen Avocourt und Cumieres geliefert wurde und sich sogar auf das rechte Maas-Ufer erstreckte. Die planmäßige Räumung eines vorspringenden Winkels bei Bethincourt in der vergangenen Nacht gestattete uns, eine geschlossene Linie zu bilden, welche vom Walde von Avocourt ausgeht, an den ersten bewaldeten Abhängen westlich der Höhe 304 entlangläuft und sich unseren Stellungen etwas südlich der Kreuzung der Straßen Bethincourt-Esnes Bethincourt-Chattoncourt anschließt. Diese ganze Linie, welche vom Feinde heftig angegriffen wurde, hielt den wütendsten Anstürmen stand. Auf der ganzen Front vom „Toten Mann" bis Cumieres erlitt die deutsche Offensive einen blutigen Mißerfolg. Die feindlichen Sturmkolonnen, welche in dichten Reihen aus dem Cumieres-Walde hervorbrachen, wurden unter unser Maschinengewehrfeuer und Artilleriefeuer genommen und unter Zurücklassung zahlreicher Leichen auf das Gelände zerstreut. Sämtliche gegen den „Toten Mann" gerichteten Angriffsversuche wurden ebenfalls mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Eine gleichfalls unternommene Angriffsoperation des Feindes gegen unsere Stellungen von dem Walde Avocourt bis zum Forges-Bach stieß auf hartnäckigen Widerstand unserer Truppen, die den Feind überall zurückschlugen. Endlich war es einem der auf eins unserer nordöstlich des Dorfes Avocourt am südlichen Waldesrand gelegenen Werke gerichteten Angriffe gelungen, während eines Augenblicks in unseren Gräben Fuß zu fassen. Unser Gegenangriff warf den Feind sofort hinaus. Östlich der Maas sehr große Artillerietätigkeit gegen unsere Anlagen auf dem Pfefferhügel, in der Gegend von Douaumont und Vaux, sowie gegen die Gesamtheit unserer zweiten Linie. Durch unser Sperrfeuer angehalten, kamen die feindlichen Infanterieangriffe nicht zur Entwicklung. In der Woevre-Ebene zeitweilige Beschießung.

Belgischer Bericht: Auf der Front der belgischen Armee herrscht große Artillerietätigkeit, namentlich in der Gegend von Dixmuiden. Bei Steenstraate Handgranatenkampf.

•

Die Engländer berichten

vom 10. April: Ein Fockerflugzeug landete Sonntag in unsern Linien. Der Führer wurde unverwundet gefangen genommen. Heute Artillerietätigkeit bei Neuville-St. Vaast, Souchez, Hohenzollernwerk, Haisnes und Wytschaete. Der Feind ließ im Hohenzollernwerk eine Mine hochgehen. Wir hielten bei St. Eloi einen beträchtlichen Teil des am 27. März gewonnenen Bodens mit Einschluß dreier der vier Minentrichter.

Gegen Rußland.

Russischer Generalstabsbericht

vom Sonnabend: Westfront: An der Düna Infanterie- und Artilleriekampf. Im Abschnitt von Dünaburg vereinigte unsere Artillerie ihr Feuer in dem Unterabschnitt bei Illuxt. An derselben Stelle brachten wir 4 Minen zum Auffliegen, zerstörten die deutschen Gräben und ein Blockhaus. In der Gegend von Postawy, Miadziol- und Narocz-See entwickelte die feindliche Artillerie große Tätigkeit; sie schoß zeitweise mit Gas-Granaten. Galizien: An der mittlerer Strypa, östlich Podhajce, versuchten die Österreicher mit starken Kräften anzugreifen; sie gingen aber, durch einen Gegenangriff von uns bedroht, eilig zurück. Kaukasus: Im Küstenabschnitt versuchten die Türken in der Nacht zum 6. April auf das rechte Flußufer des Karaders überzugehen; sie wurden jedoch durch unser Gewehr- und Handgranatenfeuer zurückgetrieben.

Vom Sonntag: Westfront: In dem Abschnitt von Riga beschoß der Feind den Flecken Schlok. Im Abschnitt von Jakobstadt lebhafter Feuerwechsel. Im Abschnitt von Dünaburg ließen die Deutschen bei einem unserer Laufgräben eine Mine springen. An mehreren Orten überflogen deutsche Flieger die Düna und warfen Bomben ab. Unsere Flieger führten einige erfolgreiche Flüge aus. Ein Luftschiff vom Typ Muromiez stieg in der Gegend von Riga auf und warf Bomben auf die feindlichen Unterkünfte. Im Abschnitt gegenüber von Postawy und nördlich des Narocz-Sees heftiger Feuerkampf. In dem letzteren versuchten die Deutschen nach einer Beschießung sich unseren Gräben zu nähern, sie wurden aber abgewiesen. Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden. Kaukasus-Front: In der Küstengegend griffen die Türken dreimal erfolglos unsere Truppen an, die auf dem rechten Ufer des Karadere verschanzt sind. Im Flußbett des oberen Tschorok gingen unsere Truppen weiter vor.

Gegen England.

Verlangen nach Höchstpreisen.

Von Sonntag ab wird wegen der erhöhten Erzeugungskosten und wegen des Mangels an Milch der Preis für Vollmilch in London auf sechs Pence für das Quart, das sind 50 Pfennig für das Liter, festgesetzt. Allgemein wird die Festsetzung von Höchstpreisen nicht nur für Milch, sondern auch für alle anderen Lebensmittel gefordert, deren Preise unerschwinglich hoch geworden sind.

•

Bestrafte Redefreiheit.

Zu sechs Monaten Zwangsarbeit wurde ein Mann verurteilt, der im Londoner Hydepark, wo jeden Sonntag Dutzende von Wanderredner sprechen, in einer Rede sagte: Seit 18 Monaten sind wir keinen Schritt weitergekommen; Deutschland hat ganz Belgien und einen großen Teil von Frankreich in seiner Gewalt. Der Richter erwähnte, die öffentliche Erwähnung solcher Tatsachen sei geeignet, die Rekrutierung ungünstig zu beeinflussen.

Gegen Italien.

Der italienische Tagesbericht

vom 8. April lautet: An der ganzen Front Tätigkeit der Artillerie und kleinerer Abteilungen. In der Gegend des Cristallo richtete der Feind das Feuer zahlreicher Batterien aller Kaliber gegen die kürzlich von uns eroberten Stellungen auf dem Rauchkofel. Um unsere Truppen nicht unnützen Verlusten auszusetzen, räumten wir in guter Ordnung den vordersten Schützengraben. In Kärnten wurde ein kleiner Angriff in der Nähe des großen Pal zurückgeschlagen. Unsere Batterien zersprengten feindliche Kolonnen, die in den Tälern von Valentina und Kronhof (Gail) marschierten. Auf dem Vodil (Krn) überfiel der Feind eins unserer kleinen Werke. Durch einen sofort einsetzenden Gegenangriff wurde er gezwungen in Unordnung zurückzugehen und ließ uns 76 Gefangene, darunter 2 Offiziere, sowie ein Maschinengewehr. Im Abschnitt von Plava (mittlerer Isonzo) wurde ein vorgeschobener Posten des Feindes umzingelt und gefangen genommen.

9. April: Artilleriekämpfe von großer Heftigkeit im Gebiete des oberen [illegible]-Tales, an dem Frontabschnitt zwischen dem oberen But und dem oberen Degano-Tale, sowie auf den Höhen nordwestlich von Görz. Weitere Nachrichten über den Erfolg unserer Waffen im Gebiet zwischen dem Mrzli Vrh und Vodil liegen vor. [illegible]

men dem Feinde 131 Gefangene, darunter 5 Offiziere, ab. Der Feind gedachte uns zu überraschen und warf Angriffstruppen in dichten Massen gegen uns. Er erlitt sehr schwere Verluste. Auf dem Karst beschoß unsere Artillerie Kolonnen, die auf der Straße von Costanjevica nach Oppacchiasella marschierten. Es ist festgestellt worden, daß bei dem Bombardement von Opcina durch eines unserer lenkbaren Luftschiffe in der Nacht auf den 2. April große Lebensmittellager in Brand gesteckt und Eisenbahnkreuzungen verwüstet worden sind.

Der Balkankrieg.

Keine U-Boot-Stützpunkte in Griechenland.

Die griechische Gesandtschaft in Paris stellt amtlich in Abrede, daß in Korfu weitverzweigte Anlagen zur Benachrichtigung und Verpflegung deutscher Unterseeboote entdeckt wurden, ebenso, daß vier Stützpunkte für Unterseeboote auf anderen Inseln vorgefunden seien. Die königliche Regierung weist darauf hin, daß sie von den Gesandtschaften des Verbandes Mitteilung darüber erbat, ob Benzinlager und Stützpunkte für Unterseeboote entdeckt seien, und daß sie jedesmal eine Untersuchung anordnete, wenn genügende Anzeichen für die Möglichkeit einer solchen Entdeckung vorhanden waren.

Der Seekrieg.

Verluste der englischen Handelsflotte.

Die „Köln. Ztg." veröffentlicht eine Aufstellung über die feindlichen Schiffsverluste, wonach, da 1913 die englische Flotte aus 11 328 Schiffen über 100 Tonnen bestand, bei Vernichtung von 764 Schiffen, sich ein Verlust von 6¾ Prozent herausstellt. Betrachtet man das Verhältnis des vernichteten zum vorhandenen Laderaum, so wird die Lage für England täglich ungünstiger und verhängnisvoller. Bisher beträgt der Verlust 8,55 Prozent des ganzen Laderaumes.

•

Versenkte Dampfer.

Der britische Dampfer „Silksworth Hall" (4777 Brutto-Register-Tonnen) wurde versenkt. Der Kapitän und 30 Mann wurden gerettet. Ferner wurde der Dampfer „Glenalmond" (2888 Brutto-Register-Tonnen) versenkt. Die Besatzung wurde ebenfalls gerettet. Beide Schiffe waren unbewaffnet. — Der unbewaffnete Dampfer „Eastern City" wurde versenkt. — Der britische Dampfer „Zafia" (3578 Tonnen) wurde versenkt. — Der britische unbewaffnete Dampfer „Yonne" (früher „Tastalia") wurde versenkt. Die aus 40 Mann bestehende Besatzung konnte gerettet werden. — Der britische Dampfer „Avon" ist versenkt worden.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier

berichtet vom 9. April: An der Irakfront keine Veränderung. Unser Artilleriefeuer beschädigte ein feindliches Kanonenboot und rief dort eine Explosion hervor. Das Boot wurde von einem Motorboot nach Osten abgeschleppt. Westlich von Korna fand ein Zusammenstoß mit einem feindlichen Vorposten statt. Von den Engländern wurden fünf Mann getötet und ein Offizier verwundet. Wir zerstörten die telephonische Anlage des Feindes in dieser Gegend. An der Kaukasusfront keine Unternehmung von Bedeutung. Am 8. April näherte sich ein feindlicher Kreuzer Kamifli Liman und gab einige Schüsse ab. Das Gegenfeuer unserer Artillerie zwang ihn, sich zurückzuziehen. Zwei feindliche Flieger erschienen über Gallipoli, entflohn aber beim Aufsteigen unseres Kampfflugzeuges gegen Imbros.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Aufhebung des spanisch-englischen Handelsverkehrs.

Der spanische Ministerrat beschloß, den Handels- und Marineverkehr mit England so lange aufzuheben, wie Deutschland die englischen Küsten blockiert. England wird von diesem Beschluß sehr unangenehm berührt und droht der spanischen Regierung mit entsprechenden Gegenmaßregeln.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die Kommission führte am Sonnabend zunächst die Beratung des Etats des Pensionsfonds zu Ende. — General v. Langermann erklärt, daß alles geschehen soll, um die Festsetzung der Renten der Kriegsbeschädigten zu beschleunigen. Das Kriegselterngeld wird jetzt im Unterstützungswege gewährt, wenn der Verstorbene seine Eltern wesentlich unterstützt hat. Dem Antrag Bauer, die Renten erst nach mindestens zwei Jahren nachzuprüfen, steht die Verwaltung sympathisch gegenüber, fraglich sei bloß, ob die geforderten Zeiträume nicht zu groß sind. — Schatzsekretär Dr. Helfferich hat bei aller Sympathie für die Verletzten doch Bedenken gegen den Antrag, weil er eine Abänderung des Mannschaftsgesetzes bedeutet. Ob der Antrag, dem Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge 200 000 Mark zu überweisen, erfüllt werden kann, soll geprüft werden; aber eine solche Summe in den Etat einzusetzen, sei nicht angebracht.

Abg. Hoch erörtert die Frage des Elterngeldes. Zahlreiche berechtigte Beschwerden wenden sich dagegen, daß diese Bestimmungen zu eng ausgelegt werden. Namentlich ist dies der Fall bei den unteren Behörden. Eine Unterstützung durch den Sohn muß auch dann als gegeben erachtet werden, wenn er den Eltern seine Arbeitskraft zum Teil zur Verfügung gestellt hat. In kleinen landwirtschaftlichen Betrieben ist dies vielfach der Fall. Die Gewährung der Kriegszulage soll nicht davon abhängig gemacht werden, daß die Verwundung in der Schlacht erfolgt sein muß. — General v. Langermann hebt demgegenüber hervor, daß nicht schematisch verfahren werden sollte; es sei von Fall zu Fall zu entscheiden.

Der Antrag Bauer wird schließlich zurückgestellt bis zur Beratung des Gesetzes über die Kapitalabfindung. Der Antrag, dem Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge 200 000 Mark zu überweisen, wird dahin abgeändert, daß eine größere Summe zur Verfügung gestellt wird. — Auf eine Anregung des Abg. Bauer (Soz.) gibt der Schatzsekretär die Erklärung ab, daß ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Etat des Reichseisenbahnamtes wird ohne Debatte erledigt. — Beim Etat der Reichseisenbahnen verlangt der Referent Abg. Emmel (Soz.) Auskunft über die Teuerungszulagen für das Eisenbahnpersonal, das in diesem Kriege eine ungeheure Arbeitsleistung vollbracht hat, die auch Anerkennung finden müsse. — Die Einnahmen der Reichseisenbahnen sind natürlich durch den Krieg sehr zurückgegangen. — Minister v. Breitenbach teilt mit, daß dem Personal regelmäßig Kriegszulagen gewährt werden, deren Höhe nach der Kinderzulage abgestuft ist. Die Aufwendungen hierfür belaufen sich auf 2 800 000 Mark. Die Familien der Eingezogenen erhalten ebenfalls Unterstützungen.

Abg. Emmel regt noch an, den Ausbau des dritten und vierten Gleises der Strecke Straßburg—Basel nicht vorzunehmen, bis erneut zu dem Riedbahnprojekt Stellung genommen worden ist. Die Kriegserfahrungen müßten hierbei die nötige Berücksichtigung finden. Der Minister stimmt dieser Anregung zu.

Ohne weitere wesentliche Debatte wurde auch dieser Etat erledigt.

Die Beratungen werden am Montag fortgesetzt mit der Beratung der Kriegsgewinnsteuer.

Die Neu-Gruppierung im Reichstag.

Durch die Schaffung zweier neuer Fraktionen, der Deutschen Fraktion und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, ist im Reichstag eine völlige Neu-Gruppierung notwendig geworden. Hat bisher die sozialdemokratische Fraktion an erster Stelle gestanden, so ist sie jetzt an die zweite Stelle gekommen. Statt eines Sozialdemokraten spricht jetzt stets zuerst ein Redner des Zentrums. Das Stärkeverhältnis der Fraktionen ist jetzt folgendes: Zentrum 90, Sozialdemokratische Fraktion 89, Fortschrittler 45, Nationalliberale und Konservative je 44, Deutsche Fraktion 27, Polen 18, Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ebenfalls 18 Mitglieder. Fraktionslos sind 17 Mitglieder, darunter die Sozialdemokraten Liebknecht und Rühle, sowie der Reichsparteiler Schultz-Bromberg. Dadurch ist auch eine wesentliche Verschiebung in der Besetzung der Ausschüsse eingetreten. Die Sozialdemokratische Fraktion hat in jedem Ausschuß Sitze abtreten müssen. — Im Plenum wird die Neu-Gruppierung dadurch zum Ausdruck kommen, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft besondere Plätze angewiesen erhält.

Förderung des Kleinwohnungswesens durch das Reich.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages faßte am Sonnabend folgenden Beschluß:

Die Verbündeten Regierungen werden ersucht, 1. im nächsten Reichshaushalt als regelmäßige Ausgabe 30 000 Mark einzusetzen zur Unterstützung derjenigen Vereinigungen, welche die allgemeine Förderung des Kleinwohnungswesens bezwecken; 2. bei Vorlage des Reichshaushaltsvoranschlages für 1916 beim Etat des Reichsamts des Innern im außerordentlichen Etat „Reichswohnungsfürsorgefonds"

a) Das Dispositiv wie folgt zu ändern: „zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben des Reichs und Reichsheeres sowie für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Rückeinnahmen (Zins und Tilgung) fließen dem Fonds zu."

b) Die Etatsposition zunächst auf 10 Millionen Mark zu erhöhen.

Diese Anträge, die von Vertretern fast aller Parteien gestellt waren, sollen noch den Hauptausschuß beschäftigen.

Die gleichen Antragsteller erstreben eine Novelle zum Gesetz über die Bürgschaften des Reiches zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete (vom 10. Juni 1914), wodurch die Wirkungen des Gesetzes vor allem auch den Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen zugute kommen sollen. Der Reichskanzler soll die Ermächtigung erhalten zur Förderung der Herstellung von geeigneten Kleinwohnungen für Darlehen an Gemeinden, Kommunalverbände und gemeinnützige Unternehmungen Bürgschaften bis zum Gesamtbetrage von 250 Millionen zu übernehmen.

Ein Regierungskommissar äußerte gegen diese weitgehende Forderung ernste Bedenken und bezweifelte, daß die Verbündeten Regierungen zustimmen könnten. Man dürfe die gewaltigen Aufgaben des Reiches nach dem Kriege auf den verschiedensten Gebieten nicht außer acht lassen.

Sicherung der Militärrenten.

Zum Etat des allgemeinen Pensionsfonds ist im Haushalts-Ausschuß des Reichstags ein vom Abg. Bauer (Soz.), Giesberts (Zentr.), Liesching (Fortschr.), Meyer-Herford (Natl.) und Herzog (Deutsche Fraktion) unterzeichneter Antrag gestellt worden, der verhüten will, daß Rentenempfänger fortgesetzt den Kampf gegen die Herabsetzung der ihnen gewährten Rente führen müssen. Der Antrag lautet:

„Die Renten sind bei der ersten Festsetzung mindestens zwei Jahre unverminderbar zu gewähren. Eine Nachprüfung von Amtswegen kann daher frühestens mit Ablauf dieser zwei Jahre vorgenommen werden. Weitere Nachprüfungen von Amtswegen dürfen nur in Zeiträumen von mindestens je fünf Jahren erfolgen.

In allen Fällen, in denen anzunehmen ist, daß eine Mindestbeschränkung der Erwerbsfähigkeit lebenslänglich oder für eine im voraus zu bestimmende Reihe von Jahren bestehen wird, ist die hierfür zu gewährende Rente lebenslänglich oder für die im voraus zu bestimmende Zeit unverminderbar festzusetzen. (Dauerrente.)

Uebersteigt in solchen Fällen die vorläufige Erwerbsbehinderung einen Prozentsatz der zu gewährenden Dauerrente, so ist dem Beschädigten neben dieser eine entsprechende Uebergangsrente zu gewähren. Von Amts wegen darf frühestens nach Ablauf von zwei Jahren eine Nachprüfung dieser Uebergangsrente vorgenommen werden. Weitere Nachprüfungen sind nur in Zeitabschnitten von mindestens je fünf Jahren seit der letzten Nachprüfung zulässig; sofern die Dauerrente nicht an einem früheren Zeitpunkte abläuft. In diesem Falle hat die Nachprüfung beider Renten gleichzeitig zu erfolgen. Auf Antrag der Rentenberechtigten kann die Nachprüfung der Renten jederzeit erfolgen."

Die Eisenbahnen zu Beginn der „Sommerzeit".

Da auf den Uebergangstag zur neuen Sommerzeit, den 30. April, nur 23 Stunden entfallen, sind dem Eisenbahnbetrieb einige Schwierigkeiten bereitet, die am Sonnabend in einer Besprechung der Fahrpläne zu beheben waren. Dem „Berl. Lokalanz." wird berichtet, daß an der Besprechung die Vertreter sämtlicher Bundesstaaten, der Militäreisenbahn-Direktionen in Belgien und Russisch-Polen, ebenso Oesterreich-Ungarns teilnahmen. Die letzteren waren zugleich mit der Vertretung der Balkanstaaten beauftragt. Für die Uebergangsnacht vom 30. April zum 1. Mai, in welcher die Stunde von 11—12 Uhr ausfallen soll, wurde grundsätzlich beschlossen, die Züge eine Stunde früher abfahren zu lassen, sodaß sie am 1. Mai pünktlich nach der neuen Zeitrechnung eintreffen. Da hierbei die in der ausfallenden Stunde verkehrenden Züge berücksichtigt werden müssen, so läßt sich der aufgestellte Grundsatz nicht überall durchführen. Es wird also auch Züge geben, die nur 30—40 Minuten früher und auch solche, die fahrplanmäßig abgehen. Diese würden dann (nach der vorgerückten Zeit) am Reiseziel mit Verspätung eintreffen. In Berlin wird diese Uebergangsregelung am 30. d. M. etwa 7 Uhr abends in Kraft treten. Auch auf der Stadtbahn läßt sich schon deshalb die grundsätzliche Regelung nicht streng durchführen, weil auf den Ferngleisen auch Vorortzüge verkehren, zwischen die ein- und auslaufende Fernzüge eingeschoben werden müssen. Auch die Anschlüsse werden in der Uebergangszeit nicht überall gewahrt werden können.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 11. April.

Kaffee-Ersatzmittel. Nun soll auch die Stunde für den Kaffee geschlagen haben. Da die uns umgebenden neutralen Länder, vor allem Holland, Ausfuhrverbote für Kaffee erlassen haben, so fürchtet man, daß die noch vorhandenen Vorräte an Kaffee rasch auf die Neige gehen werden, daß wir also mit einer kaffeelosen Zeit rechnen müssen. Zur Zeit der Kontinentalsperre waren die Grenzen für Kaffee auch gesperrt, aber es ist damals schon nicht gelungen, die Einfuhr von Kaffee ganz zu unterbinden. Der Schmuggel in Kaffee war so üppig, daß für die damalige Zeit recht erhebliche Mengen auf den deutschen Markt gelangten. Ob heute trotz aller Sperren die Kaffeezufuhren nach Deutschland aufhören werden, das ist mehr als fraglich, da bei den jetzigen Preisen der Verkauf von Kaffee sehr lohnend ist, während bei einem Aufspeichern der Vorräte bis nach dem Kriege nicht nur die Preise ganz erheblich fallen müßten, sondern auch die kaffeebauenden Länder schwer geschädigt werden würden.

Es werden also starke Kräfte nach wie vor tätig sein, Kaffee auf den deutschen Markt zu bringen. Lassen wir aber diese Möglichkeit ganz außer Betracht und nehmen an, daß wir mit einer kaffeelosen Zeit zu rechnen hätten. Bei der großen Vorliebe des Publikums für Kaffee wird man sich kaum schließen, auf den schwarzen Trank ganz und gar zu verzichten, sondern man wird zu Ersatzmitteln greifen, genau wie zur Zeit der Kontinentalsperre, wo namentlich in Holland der Zichorienkaffee seine erste ausgebreitete Verwendung fand. Längere Zeit hindurch war die Fabrikation des Zichorienkaffees Geheimnis der Holländer, aber späterhin faßte sie auch in Frankreich und Deutschland festen Fuß. Allerdings wurde der reine Zichorienkaffee bald wieder außer Kurs gesetzt, man verwendete die Zichorie mehr und mehr nur als Zusatz zum Bohnenkaffee und als solcher hat die Zichorie bis heute ihren Dienst versehen.

Die Gesamterzeugung an grünen Zichorienwurzeln wird für Deutschland auf zirka 250 000 Tonnen geschätzt. Der Anbau findet hauptsächlich im Magdeburgischen, bei Braunschweig, in Hannover, am Rhein, in Baden, in Württemberg und in Schlesien statt. Der reine Zichorienkaffee schmeckt bitterlich-süß und besitzt eine stark dunkelbraune Farbe. Dem Zichorienkaffee hat in den letzten Jahrzehnten der Malzkaffee steigenden Wettbewerb gemacht. Erst kam der Gerstenmalzkaffee auf, dem neuerdings der Roggenmalzkaffee gefolgt ist. Dieser Malzkaffee hat sich in weiten Kreisen des konsumierenden Publikums sehr gut eingeführt.

Damit sind nun die Ersatzmittel für Kaffee noch lange nicht erschöpft. Lange Zeit hindurch spielte der Feigenkaffee eine große Rolle und noch mehr vielleicht der Eichelkaffee, der in den letzten Jahrzehnten aber stark in den Hintergrund getreten ist. Der Eichelkaffee wurde als vorzügliches diätetisches Mittel, besonders bei skrofulöser Anlage der Kinder, lebhaft angepriesen. Er wird aus den schwach gerösteten und fein gemahlenen Samen unserer einheimischen Eicheln bereitet und verdankt seine eigentümliche Wirkung dem bedeutenden Gerbstoffgehalt den dicken, fleischigen, mit Stärkemehl erfüllten Kotyledonen, aus denen der Kern der Eichel zu seinem größten Teil besteht.

Ueber den Wert aller dieser Ersatzmittel braucht man jetzt im Kriege nicht zu streiten. Nach Professor Rubner sind die Kaffeesurrogate meist wertlos, indem sie nur dunkle Brühen herzustellen erlauben. Nach ihm wäre es dringend erwünscht, das Publikum durch Belehrung von dem Ankauf solcher Produkte abzubringen. Erismann war vor allem gegen den Zichorienkaffee, der den Leuten, die sich Milch oder Mehlsuppe anschaffen sollten, ein gemeines Spülwasser liefere, das nicht einmal den Gaumen reize. Sicher ist, daß in allen Ersatzmitteln das im Kaffee steckende Koffein nicht enthalten ist. Wer also weniger anspruchsvoll ist, der wird sich für einige Zeit schon an eines der vielen Ersatzmittel gewöhnen können.

Die Versorgung des Volkes mit diesen Ersatzmitteln hält man für ausreichend, man glaubt daher, hier zunächst ohne tiefgehende gesetzgeberische Maßnahmen auskommen zu können. Die Auffassung, daß keine Maßnahmen notwendig sind, so lange sich noch kein Mangel fühlbar macht, ist allerdings sehr anfechtbar. Wenn Beschlagnahme, Verteilung und Preisbestimmung immer erst dann kommen, wenn die Konsumenten Jagd auf Nahrungsmittel machen und unglaublich hohe Preise zahlen müssen, dann ist das keine wirtschaftliche Fürsorge. Malzkaffee, Gerstenkaffee, Roggenkaffee usw. bildeten bisher schon das Tagesgetränk im Arbeiterhaushalt, sie werden natürlich im Preise bedeutend steigen, wenn durch die Einschränkung des Verbrauchs von Bohnenkaffee und Tee auch andere Kreise diese Ersatzmittel verwenden. Es muß deshalb Vorsorge getroffen werden, daß die Kaffeesorten der Armen der Spekulation aus den Fingern gerückt werden.

Eine Seemannsverhandlung beschäftigte sich am Montag nachmittag mit dem Unfall des in Lübeck beheimateten Dampfers „Lulea". Das Schiff war am 17. November 1915 mit Ladung von Oxelösund auf dem Wege nach Lübeck und mußte seine Richtung in der Drei-Meilen-Grenze nehmen. Obwohl auf dieser Strecke keine Untiefen auf der Karte verzeichnet waren, geriet der Dampfer doch an der Nordostküste von Oeland auf einen mächtigen Stein, der nur 4 Meter unter dem Wasserspiegel lag. Ein gewaltiger Stoß erfolgte, das Schiff erhielt ein Leck und legte sich sofort auf die Seite. Vom Maschinisten wurden gleich die Feuer aus den Kesseln gerissen, das Sicherheitsventil geöffnet, aber Schiff und Ladung waren nicht mehr zu retten. Die Mannschaft stieg in die Boote. Nach dem Spruch des Seeamts handelte die Schiffsleitung durchaus korrekt, wenn sie sich möglichst an der Küste längs hielt, wo nach den Karten eine ausreichende Wassertiefe vorhanden sein mußte. Ein Verschulden trifft den Kapitän nicht. — In einem zweiten Fall handelte es sich um den Bremer Dampfer „Jason" von Danzig nach Lübeck unterwegs. Er ist am 14. März ds. Js. bei der Insel Rügen in dickem Nebel gestrandet. Eine genaue Erklärung des Unfalles ist nicht zu geben. Das Seeamt hält eine Stromversetzung für wahrscheinlich, beanstandet jedoch, daß zu wenig gelotet worden ist. Da sich die Schiffsleitung nicht klar darüber war, wo sie sich eigentlich befand, sondern höchstens wußte, wo sie sich annähernd befinden sollte, hätte sie mehr loten müssen, selbst wenn zwei Stunden vorher 25 Meter Wassertiefe festgestellt wurden. Denn mit einer Stromversetzung hätte die Schiffsleitung schon der geringen Ladung wegen rechnen müssen. Wahrscheinlich sei der Kurs nicht immer genau eingehalten worden. Zu beanstanden sei aber unbedingt, daß die Schiffsleitung nicht entfernt wußte, wo das Schiff sich befand.

Der schwedische Heringsdampfer „Bera", von dem befürchtet wurde, daß er in die Hände der Engländer gefallen sei, ist nach neueren Meldungen glücklich durchgekommen.

Wieder ein Opfer aus unserer Jugendbewegung. Gestern erreichte uns die schmerzliche Kunde, daß der junge Genosse Hans Hümöller ein Opfer des Weltkrieges geworden ist. Hümöller war ein rühriger Anhänger unserer Jugendbewegung, für die er jederzeit eingetreten ist.

Die Eisenbahnlinie Lübeck—Segeberg wird am 1. Mai in Betrieb genommen. Die Züge verkehren allerdings nur erst bis Obernwohlde. Stationen sind Schönböcken, Stockelsdorf, Arfrade und Obernwohlde. Die Abfahrt von Lübeck erfolgt morgens 8,05 und mittags 2,10 Uhr. In der Richtung nach Lübeck werden drei Züge abgelassen, und zwar von Obernwohlde morgens 6,47, mittags 11,49 und nachmittags 5,43 Uhr. Die Fahrzeit für die 11,5 Kilometer lange Strecke beträgt 31 bis 47 Minuten.

Liebesgabensendung. Die Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Liebesgaben, haben in der verflossenen Woche folgende Sendungen auf den Weg gebracht: nach Altona 7 Kolli Lebensmittel, nach Königsberg 8 Kolli Lebensmittel, nach Posen 3 Kolli Lebensmittel, außerdem fünf Postsendungen. Gaben gingen leider nur in sehr bescheidenem Umfange ein. Erwünscht sind weitere Spenden von Zigarren, Zigaretten, Tabak, Schokolade, Keks, Konserven aller Art, Rotwein, Seife und Unterzeug. Unsere Landbevölkerung möchten wir bitten, uns aus den Beständen ihrer Räucherwaren freundlichst bedenken zu wollen. Auch Pakete für Alleinstehende sind sehr erwünscht. Gaben werden jederzeit mit Dank entgegengenommen St. Annenstraße 2.

Volkstümliches Konzert. Man schreibt uns: Unter dem Namen „Bunter Abend" sind in dem 28. volkstümlichen Konzert eine Reihe von Kompositionen aus den verschiedensten Gebieten der Musik zusammengestellt. Eröffnet wird der Abend mit dem Siegesmarsch von Gottschalk, dem sich in der ersten Abteilung Rossinis Tell-Ouvertüre und einige Ungarische Tänze von Brahms zugesellen. In der zweiten Abteilung werden Kompositionen von Maillart, Johann Strauß und Kaempfert gespielt werden. Besonderem Interesse begegnet an diesem Abend sicher der erste Solist, der erst kürzlich verpflichtete Bratschist Herr Leidner, der sich mit dem Konzert des Leipziger Meisters Hans Sitt einführen wird. Auch unser trefflicher Kontrabassist beteiligt sich solistisch an diesem Abend. Daß seinem scheinbar so ungefügen Instrument auch feinere Wirkungen abzugewinnen sind, wird Herr Kolp in dem Konzertstück von Stein erweisen.

pb. **Gestohlene Fettwarenhandlung.** In verflossener Nacht sind nach dem Zertrümmern einer Spiegelscheibe nachbenannte Waren aus dem Schaufenster einer Fettwarenhandlung im Fischerhausen gestohlen worden: 1 Dose enthaltend 36 Paar Würstchen, 6 Dosen Aal in Gelee, 10 Dosen Makrelen, 15 Dosen Fleischkonserven, 5 Dosen Heringe, 4 Dosen Marmelade, 5 Gläser Honig, 1 Glas mit Früchten und 6 Edamerkäse.

pb. **Hühnerdiebstahl.** In der Nacht zum Sonnabend, dem 8. ds. Mts. sind aus einem Stall in der Ziegelstraße 2 Hühner gestohlen worden.

Altona. Eine blutige Tat. Der als Landsturmsoldat einberufene Hafenarbeiter Koes lebte in Uneinigkeit mit seiner Frau, die sich von ihrem Mann trennte und eine Wohnung in der Kielerstraße 28, Haus 18, bezog. Als der auf Urlaub hierher zurückgekehrte Mann gestern morgen seine Frau in der neuen Wohnung aufsuchte, um sich mit ihr auszusöhnen, und einen Nebenbuhler in der Wohnung entdeckte, feuerte er auf die Frau zwei Revolverschüsse ab, die sie sofort tötete. Die zur Hilfe herbeigeeilten Hausbewohner verständigten einen Schutzmann, der den Täter verhaftete.

Elmshorn. Sozialdemokratische Reichstagskandidatur. In einer Zusammenkunft von parteigenössischen Vertrauensleuten aus dem 6. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreise (Ottensen-Pinneberg-Elmshorn) wurde Genosse Eduard Adler, politischer Redakteur der „Schleswig-holsteinischen Volkszeitung" und Stadtverordneter in Kiel, einstimmig zum Reichstagskandidaten für den Kreis aufgestellt. — Sodann wurde mit 31 gegen eine Stimme folgende Entschließung angenommen: „Die Konferenz des 6. Wahlkreises verurteilt das Vorgehen der Parteiminderheit, das bereits zur Fraktionsspaltung führte und geeignet ist, die Einheit der Partei zu untergraben. Die Konferenz billigt die vom Parteivorstande und vom Parteiausschuß in dieser Sache gefaßten Beschlüsse und erwartet von den Genossen, daß sie jeglichen Versuchen, Sonderorganisationen zu schaffen, mit aller Entschiedenheit entgegentreten."

Theater und Musik.

Das letzte Sinfoniekonzert dieses Winters brachte gestern abend die gewaltige neunte Sinfonie von Beethoven, ein Werk, das erschüttert und erhebt. Aus den drei ersten Sätzen erklingt schwermütiger Ernst und das Grollen des Schicksals. Das Finale bringt dann im Gegensatz dazu Schillers Ode „An die Freude". Nach einer orchestralen Einleitung singt der Bariton „O Freunde, nicht diese Töne, sondern laßt uns angenehmere anstimmen und freudenvollere". Beethoven beschäftigte sich mit der Ode schon 1798, jedoch erst 1822 stellte er nach verschiedenen Versuchen die zwei ersten Zeilen in der Melodie fest. Dann überlegte er reichlich, ob er das Finale als reine Vokal- oder Instrumentalmusik schreiben sollte. Endlich entschied er sich für Vokalbehandlung, Einführung der Ode durch das Baßrezitativ, einfache Darstellung des Themas durch Solo-Quartett und Chor. Dann folgen Variationen verschiedenster Art, Umwandlung der Themen, bis sich das Ganze dithyrambisch steigert. Eine Unterbrechung des stürmenden Gefühls erfährt der Satz durch das „Adagio ma non troppo, ma divoto" (nicht zu langsam zu nehmender, aber mit demütiger Ergebenheit zu spielender kurzer Satz), dem das Schlußfugato folgt, in dem beide Motive („Freude, schöner Götterfunken" und „Seid umschlungen") vereinigt werden. In höchster Erregung schließt der Satz ab.

Wenn auch die blutige Gegenwart in den Herzen der Menschen wenig Raum für die Freude läßt, so ist doch das Sehnen nach diesem „Götterfunken" tief und echt. „Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt", so heißt es in der Ode, und „Seid umschlungen, Millionen! Diesen Kuß der ganzen Welt!" Solche Worte wecken gerade jetzt ein starkes Echo, wo die Millionen sich zerfleischen.

Die Wirkung der Sinfonie auf das zahlreiche Publikum war mächtig. Herr Kapellmeister Dr. Göhler, dem das verstärkte Orchester mit Begeisterung für die große Aufgabe folgte, gab der Aufführung eindringliche Kraft und erhabene Schönheit. Der philharmonische Chor des Musikvereins sang die Ode mit erfrischlicher Liebe und Hingabe. Die Männerstimmen waren im Verhältnis zum Damenchor etwas schwach. Als Solisten wirkten in der Hauptsache Mitglieder unserer Oper mit. Endloser Beifall dankte schließlich allen Beteiligten, besonders Herrn Dr. Göhler. In uns aber wurde der Wunsch geweckt, daß auch einmal den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, Beethovens Größe an dieser Sinfonie kennen zu lernen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat bekanntlich beschlossen, den Arbeitern die in den Verhandlungen angebotene Teuerungszulage vom 15. März ab zu zahlen. Obwohl die Zulage völlig unzulänglich ist, finden sich fast überall Unternehmer, die sich mit der Ausrede davon drücken, daß sie von einem solchen Beschluß des Arbeitgeberbundes nicht unterrichtet worden sind, oder daß sie solcher Beschluß nichts angeht, weil sie dem Arbeitgeberbund nicht angehören. Das ist in Orten in Schleswig-Holstein, in Mecklenburg, in Pommern, in Westfalen und in der Provinz Hannover der Fall. In Thüringen weigern sich die Unternehmer in fast allen Orten überhaupt, den Beschluß des Arbeitgeberbundes nachzukommen, obgleich sie Mitglieder des Bundes sind. Es ist das dieselbe Erscheinung, wie

ie bei den großen Tarifbewegungen im Baugewerbe im Jahre 1910 und 1913 gesehen haben, die immer wieder darauf schließen läßt, daß es dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an der Macht fehlt, seine Beschlüsse auch überall bei seinen Mitgliedern durchsetzen zu können. Schlimmer noch als dies ist der Umstand, der nunmehr zutage tritt, daß den Bauarbeitern vielerorts überhaupt keine Zulage gezahlt, sondern ihnen noch ein Abzug von ihrem bisherigen Verdienst zugemutet wird. Der Arbeitgeberbund hat im Vorjahr seinen Mitgliedern verboten, eine Teuerungszulage an die Arbeiter zu zahlen. Einige Bezirksverbände haben sogar dies Verbot unter Strafe gestellt. Verhindern hat es der Arbeitgeberbund aber dennoch nicht können, daß in sehr vielen Fällen den Arbeitern eine Teuerungszulage gezahlt worden ist. Nunmehr soll diese seit Monaten gezahlte Zulage aufgerechnet werden gegen die von dem Arbeitgeberbund zum 15. März beschlossene. Und da meistens die erstere höher ist als die jetzige, so gehen die Bauarbeiter in vielen Fällen entweder leer aus oder man versucht ihnen jetzt sogar Abzüge zu machen. In einigen Fällen ist das letztere bereits geschehen. Wirklich eine schöne Illustration zu der selbstgerühmten „nationalen Tat". Da sich die Bauarbeiter so etwas nicht werden bieten lassen, so wird es unzweifelhaft in den nächsten Tagen an manchen Orten zu ernsten Differenzen kommmen. Und wenn deswegen Arbeitseinstellungen zu verzeichnen sein werden, so kann die Verantwortung dafür nur die Unternehmer des Baugewerbes als die Störer des Burgfriedens treffen.

Kommunales.

Teure „Regierungs"-Schweine! Eine beinahe unglaubliche Mitteilung über Schwierigkeiten bei der Lieferung der im Auftrage von Gemeinden mit „Regierungsfutter" gemästeten Schweine machte nach einem Bericht der amtlichen „Neuen Oberhausener Zeitung" der Vorsitzende der Oberhausener Stadtverordnetenversammlung: „Die Preise, zu denen die Schweine von den provinzialen Mastorganisationen an die Stadt verkauft werden müßten, seien nach dem Inhalt des Lieferungsvertrages vom 4. November 1915 zu verrechnen. Nun habe sich der Staat mit Rücksicht auf die anderweitige Festsetzung der Schweinehöchstpreise und in der Befürchtung, daß die Mäster sich nunmehr den für sie ungünstigen Vertragsverpflichtungen der Lieferung von Schweinen entziehen würden, wenn sie nicht den neuen Verordnungssätzen angepaßte Zahlungen erhalten (!), bereit erklärt, aus Staatsmitteln zum Ausgleich des Preisunterschiedes beizutragen. Danach solle eine Zuzahlung von 10 Mark für jedes Schwein an den Mäster erfolgen. Das Landesamt für Futtermittel, das den Lieferungsvertrag für den Staat abgeschlossen hat und die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz seien nun an die Stadt mit dem Ersuchen herangetreten, den weiteren durch die staatliche Beihilfe noch nicht gedeckten Preisunterschied aus kommunalen Mitteln auszugleichen. Angesichts der großen Bedeutung, die diese Frage gehabt habe, habe die Stadtverwaltung den genannten Stellen mitgeteilt, daß sie erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses der Städtevereinigung in der Lage sei, hierzu Stellung zu nehmen. Auf dieses Schreiben ist nun vom Landesamt für Futtermittel die Antwort ergangen, daß es auf eine Hinausschiebung der Entscheidung, ob die Schweine zu dem in dem genannten Rundschreiben angegebenen Preise angenommen werden, nicht eingehen könne, da die Schweine im Ablehnungsfalle sofort anderweit verteilt werden müßten. Die Stadtverwaltung werde Veranlassung nehmen, sich über dieses Vorgehen an zuständiger Stelle zu beschweren." — Das schon bei der Milch beobachtete Bestreben der Interessenten, sich der im übrigen bürgerlichen Leben selbstverständlichen Erfüllung von Vertragsverpflichtungen zu entziehen, scheint demnach bei der Schweinemast ebenfalls angewandt zu werden. Fast noch schlimmer ist freilich die Nachgiebigkeit der Staatsbehörden, die den Streik der Züchter, noch ehe er ausgebrochen ist, durch Extrabelohnung statt durch Zwangsmaßregeln hintanhalten wollen. Am schlimmsten jedoch ist das Verlangen an die Kommune, diesen Rückzug vor den Interessenten mitzumachen oder Fleischmangel zu leiden. Eine Regierungsaufklärung erscheint uns jedenfalls dringend erwünscht.

Soziales.

Erholungsurlaub für die badischen Eisenbahnangestellten soll auch in diesem Jahre trotz des Krieges — allerdings nur in beschränktem Umfange — gewährt werden; er darf drei Viertel der sonstigen Urlaubszeit nicht überschreiten, muß aber mindestens eine Woche dauern. Das badische Finanzministerium hat die diesbezügliche Verfügung soeben erlassen.

Aus dem Gerichtssaal.

Fleischwucher. Wie hohe Fleischpreise entstehen, bewies eine Verhandlung vor der fünften Strafkammer in Dresden. Angeklagt waren die Altwarenhändlerin Auguste Pötke in Bannewitz, der Gastwirt Fiedler in Birkigt, die Produktenhändlerin Emma Walter in Neu-Welschhufe und die Fleischermeistersehefrau Ida Martha Schäfer in Bannewitz. Nach dem Eröffnungsbeschluß hatten sich die Angeklagten gegen die Bundesratsverordnung über die Höchstpreise für Schweine vergangen. Die Angeklagte P. mästet Schweine zum Verkauf. Im Dezember hat sie an die Mitangeklagten vier Schweine verkauft und pro Zentner 10 bis 15 Mk. mehr verlangt, als in der vier Wochen vorher erlassenen Verordnung als Höchstpreis festgesetzt war. Als sich die Mitangeklagten weigerten, mehr zu bezahlen und auf die Verordnung aufmerksam machten, antwortete die P.: „Was gehen mich die Höchstpreise an, ich verkaufe nicht für den Höchstpreis." Die drei Mitangeklagten haben sich dadurch strafbar gemacht, daß sie die höheren Preise bezahlten. Als ihnen dies in der Beweisaufnahme vorgehalten wurde, bemerkten sie: Was wollten wir denn machen, wir mußten die Schweine haben. Selbstverständlich nahmen sie nun auch von ihrer Kundschaft wieder höhere Preise. Das Gericht verurteilte die Pötke zu einem Monat Gefängnis, Fiedler und die Walter zu je 30 Mark und die Schäfer zu 20 Mark Geldstrafe. Außerdem ist das Urteil auf Kosten der Angeklagten im Amtsblatt für Bannewitz sowie in vier Dresdner Zeitungen bekanntzumachen.

Schmiergelder-Angebot durch doppelte Offerten. Das besondere Vertrauensverhältnis, in welchem der Architekt zu seinem Bauherrn steht, gelangte in einer Verhandlung der Strafkammer zu Nürnberg am 4. April zur Erörterung. Auf Strafantrag des Vereins gegen das Bestechungswesen, Sitz Berlin, war der Fabrikant Heinrich Kürzdörfer wegen eines Bestechungsversuchs angeklagt. Der Architekt K. in N. war als Bauleiter für den Bau und die Einrichtung einer Konsumvereins-Bäckerei bestellt worden. Für die Lieferung der Oefen forderte er u. a. die Backofenbaufirma Heinrich Kürzdörfer in Nürnberg, deren Inhaber der Angeklagte ist, zur Abgabe eines Kostenanschlages auf. Die Firma reichte ihren Kostenanschlag in doppelter Ausfertigung an den Architekten ein. In beiden Ausfertigungen wurden dieselben Oefen angeboten. Die eine Ausfertigung wies aber einen um 150 Mark höheren Preis auf. Das vom Angeklagten unterzeichnete Begleitschreiben enthielt nichts über diesen Sachverhalt. Auf telephonische Anfrage erhielt der Architekt von dem Angeklagten die Antwort, der Aufschlag sei als „Provision" für ihn „einkalkuliert". Der Architekt lehnte dies unter Hinweis auf seine Eigenschaft als Vertrauensmann des Bauherrn entschieden ab. Auf Befragen des Gerichtsvorsitzenden bekundete der Architekt als Zeuge, daß solche stillschweigenden Schmiergeld-Angebote durch doppelte Kostenanschläge ihm auch schon von anderen Firmen gemacht worden seien. Der Lieferant mute damit dem Architekten zu, zur Erlangung von Schmiergeld den erhöhten Kostenanschlag dem Bauherrn zur Genehmigung zu empfehlen. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und verurteilte den Angeklagten wegen Bestechung zu 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

Weitere 800 Gefangene bei Verdun.

WTB. Großes Hauptquartier, 11. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nach mehrfacher erheblicher Steigerung ihres Artilleriefeuers setzten die Engländer südlich von St. Eloi nachts einen starken Handgranatenangriff an, der vor unserer Trichterstellung scheiterte. Die Stellung ist in ihrer ganzen Ausdehnung fest in unserer Hand.

In den Argonnen bei La Fille Morte und weiter bei Vauquois fügten die Franzosen durch mehrere Sprengungen nur sich selbst Schaden zu.

Im Kampfgelände beiderseits der Maas war auch gestern die Gefechtstätigkeit sehr lebhaft. Gegenangriffe gegen die von uns genommenen französischen Stellungen südlich des Forgesbaches, zwischen Haucourt und Bethincourt brachen verlustreich für den Gegner zusammen.

Die Zahl der unverwundeten Gefangenen ist um 22 Offiziere und 549 Mann auf 36 Offiziere und 1231 Mann, die Beute auf 2 Geschütze und 22 Maschinengewehre gestiegen.

Bei der Fortnahme weiterer Blockhäuser südlich des Rabenwaldes wurden heute nacht weitere 222 Gefangene und ein Maschinengewehr eingebracht. Gegenstöße aus der Richtung Chattancourt blieben in unserem wirksamen Flankenfeuer vom Ostufer her liegen.

Rechts der Maas versuchte der Feind vergebens den am Westrande des Pfefferrückens verloren gegangenen Boden wieder zu gewinnen. Südwestlich der Feste Douaumont mußte er uns weitere Verteidigungsanlagen überlassen, aus denen wir einige Dutzend Gefangene und 3 Maschinengewehre zurückbrachten.

Durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze wurden zwei feindliche Flugzeuge südöstlich von Ypern heruntergeholt.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Rotterdam, 10. April. Wie der „N. R. C." nach einer Meldung des „Anti-Orlog-Raad" berichtet, hat die 2. Kammer des schwedischen Reichstags den Antrag einiger Parlamentsmitglieder angenommen, der die schwedische Regierung ersucht, sie möge die Initiative ergreifen zu einer Konferenz der neutralen Staaten im Interesse des Friedens.

Verlustlisten.

Erschienen sind:

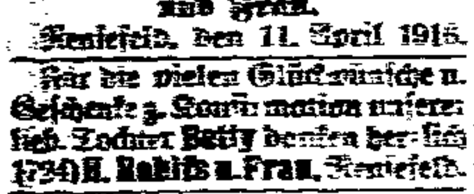
Preußische Verlustliste Nr. 502.
Bayerische Verlustliste Nr. 259.
Sächsische Verlustliste Nr. 270.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Sage allen meinen herzlichsten Dank für die vielen Gratulationen zur Konfirmation meines Sohnes **Wilhelm.** (1728
Wilh. Staack, zurzeit im Felde, und Frau.
Reinfeld, den 11. April 1916.

Für die vielen Glückwünsche u. Geschenke z. Konfirmation unserer lieb. Tochter **Betty** danken herzlich
1734) **H. Rakitz u. Frau**, Reinfeld.

Heute erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, unser guter Bruder (1722
August Wischnewski
im Alter von 21 Jahren am 3. d. Mts. fürs Vaterland gestorben ist.
In tiefer Trauer
A. Wischnewski u. Frau nebst Geschwistern.
Reinfeld.



Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.
Nachruf.
Als Opfer des Weltkrieges fiel auf einem Kriegsschauplatz unser Mitglied, der Kollege
Hans Bannow.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
1735) Die Ortsverwaltung.

Schlossergeselle
für Gitterbau bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht.
Theodor Masberg
Perleberg. 1725

Am 7. April starb nach längerer Krankheit meine liebe Frau, meiner 4 Kinder liebevolle Mutter
Marie Levzow
geb. Schneuer
im ihrem 36. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Ernst Levzow
1729) nebst Kindern.

Bis auf weiteres täglich frisch Ia. knochen- und sehnenfreies
Rindergulasch
per Pfd. Mk. 1.20.
Paul Lohrmann,
Hundestraße 95. (1726

Großindustrie und Kriegswirkungen.
Von Richard Woldt.
Preis 10 Pfg.
Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Verein der Musikfreunde in Lübeck.
28. volkstümliches Konzert
Mittwoch, den 12. April 1916 abends 8 Uhr im Kolosseum.
Leitung: (1733
Musikdirektor Carl Wanck.
Solist: Solo-Violoncellist Emil Gerhardt.
Zur Aufführung kommen u. a.: Beethoven: Ouverture „Die Weihe des Hauses". Wagner: Parsifal: Bühnenweihfestspiel - Episoden. Vorspiel, Verwandlungsmusik und Schlußszene (1. Akt). Charfreitagszauber.

Lehrmeister-Bibliothek
Eine Sammlung praktischer Anleitungen für alle möglichen Bedürfnisse des täglichen Lebens
Jede Nummer 20 Pfennig
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Comp., Lübeck
Johannisstr. 46

Praktische häusliche Beschäftigung und Basteln.

Schlosserarbeit für den Hausgebrauch. Von Prof. J. Hoch. I. Das Eisen und seine Bearbeitung. II. Die Schlösser. Mit 113 Abb. 40 Pf. [71-72
Selbstanfertigung eines Elektromotors. Von K. Dennsel. Mit 37 Abb. 20 Pf. [120
Selbstanfertigung v. Kleinmöbeln. Mit 180 Abb. 60 Pf. [217-219
Streichen und Tapezieren von Zimmern. Von E. Voigt. 20 Pf. [184
Leitfaden der Photographie. Von Dr. O. Nothdurft. Mit 26 Abb. 40 Pf. [51-52
Fehler beim Photographieren. Winke zu deren Vermeidung. 20 Pf. [207
Physikalisches Experimentierbuch. Von Dr. O. Nothdurft. I. Versuche aus der Wärmelehre. Mit 36 Abb. 40 Pf. [213-214
— II. Versuche aus der Lehre vom Schall (Optik). Mit 36 Abb. 40 Pf. [308-309
— III. Versuche aus der Mechanik. Mit 62 Abb. 40 Pf. [328-329
— IV. Reibungselektrizität. Mit 29 Abb. 40 Pf. [235-236
— V. Stromquellen für elektr. Versuche. Mit 64 Abb. 40 Pf. [161-162
— VI. Magnetismus und Elektromagnetismus. Mit 68 Abb. 20 Pf. (Enthält auch Anleit. z. Selbstanfert. eines elektr. Läutewerkes.) [197
Physikalisches Experimentierbuch. Von Dr. O. Nothdurft. VII. Versuche über Induktion. Mit 47 Abb. 40 Pf. [185-186
Anleitung zur Hausschneiderei. Von H. Seiler. Mit 145 Abb. 60 Pf. [208-210
Musterbuch für Häkelarbeiten. Von M. Clasen-Schmidt. Mit 48 Abb. 20 Pf. [158
Einführung in das Skizzieren. Mit 12 Zeichnungen. 20 Pf. [121
Anleitung zur Aquarellmalerei. 20 Pf. [53
Öl- und Pastellmalerei. 20 Pf. [134
Porzellanmalerei. Mit 19 Abb. 20 Pf. [16
Das Malen auf Stoffen. Von J. Hermeler. Mit 29 Abb. 20 Pf. [17
Selbstanfertigung eines Segelbootes für Knaben. Mit 15 Abb. 20 Pf. [156
Der Kerbschnitt. Mit 47 Abb. 20 Pf. [100
Wie beschäftige ich mein Kind? I. Papierarbeiten. Mit 92 Abb. 20 Pf. [228
— II. Kartonarbeiten. Mit 66 Abb. 20 Pf. [307
Arbeiten aus Seiden- und Kreppapier. Mit 13 Abb. 20 Pf. [107
Arbeiten aus Seidenraffiern. Von M. Keisel. Mit 9 Abb. 20 Pf. [73

Jagd. Hunde. Angelsport.

Aufzucht junger Hunde. 20 Pf. [5
Angelsport. Mit 48 Abb. 40 Pf. [23-24
Winke zur Hundeungezieferbeseitigung. Von K. Schlieper. Mit 10 Abb. 20 Pf. [194

Im Verlag von A. Brockhaus, Leipzig, ist erschienen und bei den jetzigen Kriegswirren sehr zu empfehlen:
Sven Hedin:
Ein Volk in Waffen.
G. Wegner:
Der Wall von Eisen u. Feuer.
Ein Jahr an der Westfront.
W. C. Gomoll:
Im Kampfe gegen Rußland.
Ernste und heitere Bilder von den Kämpfen der Deutschen und Oesterreicher im Osten.
Sven Hedin:
Nach Osten!
Jedes einzelne Buch gut broschiert 1.— Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Volksküche. 1720
Mittwoch, d. 12. April: Biersuppe, Fischklöße mit Senftunke und Kartoffeln.
Donnerstag, 13. April: Graupensuppe, Gulasch u. Kartoff.
Freitag, den 14. April: Reissuppe mit Kartoffeln, Nudeln mit Obst.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.
Unsere am Mittwoch, 12. April fällige
Mitglieder-Versammlg.
fällt aus.
1727) Die Ortsverwaltung.

Stadttheater. 1721
Dienstag, den 11. April 1916:
Gastspiel v. Stanislaus Fuchs
Die Fledermaus.
Operette von J. Strauß.
Mittwoch, den 12. April 1916:
Der Bogen des Odysseus
Von Gerhart Hauptmann.
Donnerstag, d. 13. April 1916:
Mignon.
Oper von A. Thomas.
Beginn der Vorstellungen 8 Uhr

Nr. 86
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag, den 11. April 1916

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten".)

Berlin, den 10. April 1916.

43. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: Wild von Hohenborn, Helfferich.

Zunächst wird auf Antrag der Geschäftsordnungskommission die Genehmigung zur Einleitung von Privatklage resp. Strafverfahren gegen den Abg. Waldstein (Vp.) versagt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung.

Kriegsminister Wild von Hohenborn: Es ist das erstemal, daß ich als preußischer Kriegsminister die Ehre habe, an Ihren Beratungen teilzunehmen, nachdem ich bisher durch dienstliche Tätigkeit im Großen Hauptquartier und an der Front daran gehindert wurde. Es liegt vielleicht die Erwartung nahe, daß ich mich über unsere militärische Lage äußere, ich glaube aber davon Abstand nehmen zu können mit Rücksicht auf die kürzlichen Darlegungen des Reichskanzlers und auf die Veröffentlichungen der Obersten Heeresleitung, die Sie und das ganze Volk in die Lage setzen, die gute Entwicklung unserer militärischen Lage auf allen Fronten selbst zu verfolgen. Diese Veröffentlichungen der Obersten Heeresleitung sind zwar kurz, soldatisch knapp abgefaßt, aber sie sind im Gegensatz zu denen unserer Gegner stets wahr (Sehr gut!), denn der siegreiche Mann braucht nicht zu beschönigen. Das lehrt ein Blick auch auf die Landkarte und das wissen auch unsere Feinde, auch wenn sie es nicht zugestehen wollen. Daß wir weiter siegreich und bis zum glorreichen Ende restlos siegreich sein werden, dafür bürgt uns das bisher Geleistete (Bravo!), dafür bürgt uns der Heldenmut, der einheitliche geschlossene Wille und die überlegene sittliche Kraft unseres Volkes (Bravo!), und weiter das Vorhandensein von allem und jedem, was wir zur weiteren Fortführung des Krieges bedürfen. (Bravo!) Das, was wir in der letzten Zeit erlebt haben, die Zurückweisung der russischen Offensive und unsere Kämpfe bei Verdun, das sind nicht, wie unsere Gegner zu glauben vorgeben, die äußersten Anstrengungen einer erschöpften Nation, sondern das sind Hammerschläge eines mit Menschenreserven und allen Hilfsmitteln versehenen kräftigen, gesunden und unüberwindlichen Volksheeres. (Lebh. Beifall.) Hammerschläge, die sich wiederholen werden, bis die anderen mürbe sind. (Bravo! rechts.) Für dies Ziel alles, was ich kann, einzusetzen, das verspreche ich hier vor dem Lande. (Bravo!) Ich möchte aber nicht in den Fehler meiner Ministerkollegen im Ausland verfallen und allzuviel von zukünftigen und verflossenen Siegen reden. Mit Kriegsminister-Siegesreden wird dieser Krieg nicht beendet werden (Sehr gut!), sondern mit starken Schlägen draußen und mit dem starken Willen durchzuhalten daheim. Hundert Meter genommener Schützengraben sind mir lieber als die schönsten Reden in Paris oder London. (Hört.) Nur ein kurzes Wort über das Durchhalten. Für die Kriegführung draußen, zu dem Vorwärtsdrängen unserer Leute paßt es nicht: Wir wollen mehr, wir wollen eine siegreiche Entscheidung erzwingen. Aber für daheim gilt es, und die Armee kann nur das Höchste leisten, wenn zu Hause durchgehalten wird und wenn auch zu Hause alles pro patria (fürs Vaterland) steht. Für dieses Durchhalten daheim erscheint es mir Pflicht, den Dank der Armee dem deutschen Volke auszusprechen. Die Armee weiß, daß es die Heimat schwer hat, daß die Minderbemittelten mit schweren Sorgen zu kämpfen haben, daß manches Lebensmittel nicht gerade in Fülle vorhanden ist. Freilich, der Aushungerungsplan, dieser Lieblingsgedanke unserer freundlichen Stammesvettern, wird zunichte werden. Noch niemals ist unter Kulturnationen ein Kampf, der zwischen Heeren ausgefochten wird, in so verbrecherischer Weise auf das Leben von Frauen und Kindern übertragen, wie seitens England gegen unser Volk; Gottlob vergebens. Wir haben noch zuviel Hilfsmittel, unser Wille ist zu scharf, als daß diese Hoffnung Englands sich je verwirklichen könnte. (Bravo.) Ich wüßte kein Beispiel, wo Volk und Heer so gemeinsam gekämpft haben. Das ist ja gerade das Erhebende dieser Zeit. (Bravo!) Das stille Heldentum der Heimat ist nicht minder zu bewerten als die Leistungen des Heeres und für diese Entsagungsfreudigkeit und Willensstärke unserer Heimat sagt das Heer seinen Dank. (Bravo!) Gestützt auf die Heimat wird das Heer auch weiter sein Alles hingeben für des Landes Wohl, für die Heimat, für Haus und Hof, für einen Frieden, der den gebrachten Opfern entspricht und unsere Enkelkinder in alle Zukunft gegen derartige Ueberfälle, wie wir sie erlebt haben, sichert. (Bravo!) Es ist die Signatur dieses Krieges, daß alle Entscheidungen langsam reifen, langsam aber sicher. Der volle Sieg wird kommen. Wann, kann niemand sagen, aber daß er kommt, des sind wir sicher. (Lebh. Beif.) Was die Vorlage anlangt, so ist sie ein Ausfluß der vaterländischen Pflicht, für die Opfer des Krieges zu sorgen. Der Anregung des Reichstags sind wir gern gefolgt. Es können danach Personen, die Anspruch auf Kriegsversorgung haben, auf ihren Antrag zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes durch Zahlung eines Kapitals abgefunden werden. Die Gefahr eines Verlustes des Kapitals ist bei der Beschränkung der Abfindung auf eigene Heimstätten sehr gering. Die Kriegsbeschädigten werden in der Landwirtschaft tätig sein können, und es erscheint mir ein fruchtbarer Gedanke, daß nach dem Scheitern der Pläne unserer Gegner gerade unsere Kriegsteilnehmer zur Vermehrung unseres Obst- und Gemüsebaues beitragen werden. (Bravo! rechts.) Den Wünschen des Reichstags entsprechend ist auch eine Abfindung bei Witwen vorgesehen, von deren Wiedererstattung im Falle einer Wiederverheiratung unter Umständen abgesehen werden kann. Das Gesetz stellt einen Dank an unsere Truppen dar und wird dem gesamten Vaterland zum Segen gereichen. (Lebh. Bravo!)

Abg. Hofrichter (Soz.): Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, die Kriegswitwen und die zurückkehrenden Krieger betrachten wir als eine der vornehmsten Pflichten des Reiches und der ersten Maßnahme, die dieses Gesetz darstellt, müssen weitere folgen. Die Kriegsbeschädigten dürfen nicht auf Wohltaten angewiesen werden. Es hat mich mit Befriedigung erfüllt, daß der Kriegsminister den Entwurf als eine der Maßnahmen der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bezeichnet hat, ich glaube daraus schließen zu dürfen, daß weitere Maßnahmen folgen werden. (Beifall b. d. Soz.) Der Gedanke, die Kriegsbeschädigten auf dem Lande seßhaft zu machen, ist von verschiedenen Seiten in geradezu schwärmerischer Weise propagiert worden. Freilich haben es einsichtige Sachverständige den Illusionen gegenüber an Warnungen nicht fehlen lassen. Bei der Schwierigkeit der Sache muß man mit ruhigster, nüchternster Ueberlegung an die Sache herantreten. Wenn z. B. ein Ansiedler sich auf einer solchen Ansiedlung nicht halten kann, kommt er in eine sehr schlimme Lage, weil er ja einen Teil seiner Rente verloren hat. Ich will auf Einzelheiten jetzt nicht näher eingehen, das wird in der Kommission geschehen, an die ich den Entwurf zu verweisen bitte. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Liesching (Vp.) drückt seine Sympathie mit dem dem Gesetz zugrunde liegenden Gedanken aus.

Abg. Dr. Paasche (Natl.) schließt sich dem Vorredner an; namentlich sei zu begrüßen die Verpflanzung der Kriegsbeschädigten aufs Land. eBim Steigen der Preise der Lebensmittel würde man dann nicht behaupten können, die Rente reiche nicht aus. Hoffentlich wird es gelingen, das Gesetz in der Kommission recht bald zu verabschieden. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Giesberts (Ztr.): Der freudige Widerhall, den der Entwurf bei allen Parteien gefunden hat, mag unsern Kriegern draußen die Gewißheit geben, daß man ihrer in der Heimat gedenkt. Der Grundgedanke des Gesetzes geht von der Heimstättengesetzgebung aus, und die Schaffung von Kriegerheimstätten wird eine vorbildliche Wirkung auf die allgemeinen Wohnungsverhältnisse ausüben. Auf die Einzelheiten des Gesetzes wird am besten in der Kommission eingegangen werden.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die Mitteilungen des Kriegsministers über den erfreulichen Geist des Heeres werden hier ein dankbares Echo finden. Für die Kriegsbeschädigten wird es die Hauptsache sein, daß sie das Gefühl der Sicherheit erhalten und nicht stets in Furcht leben, daß ihnen die Rente gekürzt wird. — Der Vorlage selbst stimmen wir freudig zu und werden gern an ihrer weiteren Ausgestaltung im Interesse unserer wackeren Kriegsbeschädigten mitarbeiten. Möge die Kommission schnell, gründlich und wirksam arbeiten. (Bravo.)

Abg. Behrens (W. Vgg.) stimmt der Vorlage ebenfalls zu.

Abg. v. Trampczynski (Pole): Wir halten eine Kommissionsberatung des Entwurfs für dringend notwendig, damit Sicherungen dafür getroffen werden, daß bei der Durchführung des Gesetzes gerecht nach allen Richtungen hin verfahren wird.

Abg. Henke (Soz. Arb.): Was uns der Kriegsminister im allgemeinen erzählt hat, stimmt leider nicht alles, und es stimmt auch vieles nicht, was zum Lobe dieses Gesetzentwurfes schon, bevor er das Licht der Welt erblickt hatte, geschrieben worden ist. Nach unserer Auffassung hat zu dem Gesetzentwurf nicht das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Kriegsbeschädigten geführt, sondern es stecken hinter dem Gesetzentwurf ganz andere materielle Interessen. Die Herren von den bürgerlichen Parteien, die sich so lobend über den Entwurf ausgesprochen haben, mögen ja des Glaubens sein, daß die Vorlage aus dem guten Herzen der Regierung kommt, aber wenn wir uns die Wirklichkeit ansehen, so finden wir, daß der Entwurf die Wirklichkeit gegen sich hat. Die Statistik zeigt, daß alljährlich viele Tausende vom Land in die Städte flüchten, daß sie also ein Haar in dem gefunden haben, was dieser Gesetzentwurf jetzt vielen ermöglichen will. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Man will zweifellos mit diesem Gesetzentwurf ein Anwachsen der Sozialdemokratie nach dem Kriege verhüten. (Lachen rechts.) Nach dem Kriege werden sehr viel Menschen diese Ueberzeugung teilen. Heute ist es für manchen nur nicht zweckmäßig, das zu sagen. Wenn es im Gesetzentwurf heißt, daß die oberste Militärbehörde darüber entscheiden soll, wem auf Antrag eine solche Kapitalabfindung zugesprochen werden kann, so muß man doch bedenklich werden. Die oberste Militärbehörde kann nicht überall sein — ich habe vor ihr die schuldige Hochachtung — sondern es sind die unteren örtlichen Beamten, die über den Leumund des Antragstellers ihr Urteil abzugeben haben. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Und was dabei herauskommen wird, darüber sind wir nicht im Zweifel. In einer Schrift über die Rentengüter heißt es, man müsse darauf Gewicht legen, daß die betreffenden Leute nüchtern, sparsam, gesund, zuverlässig und von vaterländischer Gesinnung sind. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Vor allem müssen sie auch Frauen haben, die über dieselben Eigenschaften verfügen. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Heute werden wir ja alle als vaterländisch angesehen, aber ob diese Gesinnung auch nach dem Kriege noch jedem zugestanden werden wird, ist eine andere Frage. Wir Sozialdemokraten haben da so böse Erfahrungen gemacht, daß wir sie nicht vergessen sollten. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Gefahr ist sehr groß, daß mancher Vermögende, der bei den unteren Beamten in gutem Ruf steht, die Kapitalabfindung bekommt, während mancher arme Teufel, der die Summe sehr nötig hätte, leer ausgehen wird. In diesem Sinne muß in der Kommission darauf hingewirkt werden, daß eine oberste Spruchbehörde eingesetzt wird, die über die Anträge zu entscheiden hat. Es müßte auch im Entwurf nicht heißen, daß eine solche Kapitalabfindung auf Antrag bewilligt werden kann, sondern bewilligt werden muß. Man soll nicht nur über die Rentenpsychose reden, sondern auch untersuchen, wie sie entsteht. Wie oft kommt es heute vor, daß es einem armen Teufel nicht gelingt, in den Besitz einer Rente zu gelangen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Kriegsgesetzgebung zeigt merkwürdig entgegengesetzte Tendenzen. Durch die Tabaksteuer wird einer ganzen Reihe kleiner Existenzen der Boden abgegraben, hier soll die Existenz von Leuten, die einen unsicheren wirtschaftlichen Boden unter den Füßen haben, befestigt werden. Da muß man sich doch fragen, was zu dem einen oder anderen geführt hat. Ich muß wiederholen: Zu diesem Gesetzentwurf haben wesentliche materielle Interessen geführt, und da soll man nicht kommen mit Redensarten von der Dankbarkeit des Vaterlandes. (Unruhe. — Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Einer der wesentlichen Gründe, die zum Gesetz geführt haben, ist offenbar, daß man Arbeitskräfte auf dem Lande braucht. Wir lassen uns nichts vormachen von Leuten, die ein Interesse daran haben — natürlich außerhalb dieses Hauses. Hier gibt es solche Leute nicht. Zweifellos besteht eine große Landflucht. Daß mit diesem Gesetzentwurf der sogenannte Landhunger befriedigt werden soll, daran glaube ich nicht. Man hat die Hoffnung an den Entwurf geknüpft, es werde gelingen, 70 bis 100 000 Kriegsbeschädigte mit eigenem Land zu versehen. Aber die Ansiedelungskommission in Preußen hat in ihrer jahrelangen Tätigkeit, in einem ganzen Menschenalter, nur 20 000 solcher kleinen Ansiedelungen schaffen können. Die Zahl der selbständigen kleinen ländlichen Betriebe nimmt nicht zu, sondern ab. Die Tendenz des Gesetzentwurfs geht also gegen die Tendenz der wirtschaftlichen Entwickelung. Das Gesetz mag von schönen Gefühlen getragen sein, paßt aber nicht zu den harten Tatsachen. Ich bin überzeugt, daß man in diesen Rentengutseigentümern und ihren Kindern sich nur die Arbeitskräfte schaffen will, die man nicht hat, und ich fürchte, daß so mancher Kriegsbeschädigte später sagen wird: Hol der Teufel solchen Dank des Vaterlandes! Wenn es von mir und meinen Freunden abhinge, würde der Entwurf nicht Gesetz werden. Aber man macht ja gegenwärtig solche Gesetze mit Vorliebe, und so werden wir uns in der Kommission wenigstens bemühen, aus ihm so viel Vernünftiges zu machen, wie möglich. Freilich ist die Tendenz des Gesetzes, eine große Anzahl Kriegsbeschädigter an die Scholle zu fesseln und in ihren Nachkommen den Großgrundbesitzern billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Der Gesetzentwurf und die hier gehaltenen Reden sind eine wahre Parodie darauf, daß die Krieger draußen nichts vom Vaterland ihr eigen nennen. Dabei muß ihre Vaterlandsliebe zum Teufel gehen. (Lebhafter Bravo! bei der Soz. Arb.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Dr. Liebknecht (wild) verlangt das Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Dr. Kaempf: Angesichts der Vorkommnisse der letzten Wochen, daß Sie das Wort zur Geschäftsordnung benutzen, um . . . (Abg. Liebknecht: Die Wahrheit zu sagen! — Rufe rechts: Schnabel halten! und große Unruhe, in der die nächsten Worte

---

Der Werwolf.

Roman von Willibald Alexis (W. Häring).

41. Fortsetzung.

„Hans, ist dir was auf der Heide begegnet!" fuhr es jetzt heraus. Gott weiß, wie sie an das schauerliche Lied dachte, das ihr die gnädigste Kurfürstin einst vorgesungen aus ihrem Vaterlande Dänemark, von einem Ritter, Herrn Olaf, der über die Heide reitet zur Braut heim, und die Elfenjungfrauen bleichen im Mondschein ihr Gewebe. Das Lied hatte einen gar traurigen Ausgang. Gott weiß, wie sie daran denken mußte, und wie es kam, daß er das Lied auch kennen mußte. Er lächelte: „Mir eine Elfenjungfrau einen Schlag aufs Herz! — Eva, mein Herz ist ein gut alt märkisch zähes Herz," setzte er hinzu. „Bin oft durch Nebelgeflunker und Mondscheingeglitzer geritten, aber — das ist nichts, so man nur gut gesattelt hat."

Es dünkte sie, daß er sie schärfer ansah, und auf das mir einen eigenen Ton legte. Da legte sie die Hand auf seine Schulter und sah ihn groß an: „Hans Jürgen, wär's doch das?"

„'s ist Schlafenszeit, Eva. Wir wecken die Kinder. Der Wächter auf der langen Brücke singt schon Mitternacht."

„Und wenn er den Jüngsten Tag absänge, zwischen uns muß es erst Tag werden. — Du bist nicht wie sonst, Hans Jürgen. Nicht heut' nur, auch gestern, ehegestern. Es ist lang her, daß du nicht recht herzlich gelacht hast, weißt du noch, als wie wir in Ziatz —"

„Eine Mandel Jahre dem Grabe näher —"

„Schau mir ins Auge. Ich drücke deinen kleinen Finger, bis du schreist. — Denkst du ans Grab?" —

„Wer sagt uns, was kommt! Wer sagt uns nur, was ist."

„Hans Jürgen Bredow, schäme dich. Da vor deinen Kindern, da vor dem blassen Mondmann, der übers Kirchendach eben lugt, und vor dir selber schäme dich. Vor mir hast du's nicht nötig. Wenn du's selbst glaubtest, was die Leute einmal geredet haben, oder vielleicht auch noch reden, wär's auch nur ein ganz klein bißchen, daß du Bange hättest, ob nicht doch was dran wäre, da möchte es sein, nein, da hättest du sogar recht. Aber da du's nicht glaubst, auch nicht ein klein bißchen, und auch nie geglaubt hast, daß es möglich wäre —"

„Sankt Florian!" unterbrach der Ritter, „wenn ich einen wüßte, der's wirklich glaubt, und wär' er, ich weiß nicht was, Eva, nicht um mich, um dich —"

„Still, Hans, es gibt eine hohe Frau; die glaubt's nicht gerade, aber sie hat große Angst, daß sie es glauben könnte. Ihr wirft du doch nicht den Handschuh vor die Füße werfen!"

„Wenn nicht, wenn's mir durch die Adern schwillt! Dem ganzen Hofgeschmeiß, den Gelahrten und Ungelahrten; und lassen sie ihn liegen, ihnen den Rücken kehren; alles ließ ich ihnen zurück, meinethalben auch meinen guten Namen."

„Ich hange nicht am Hof. Wir haben glückliche Tage in Ziatz verlebt. Laß uns dahin; oder ist's dir zu nah an Berlin, nach der Altmark, wo wir das Gut kauften. Da wollen wir ganz glücklich leben."

„Daß sie dann erst hinter uns lachen!" sagte der Mann. „Meinen guten Namen, sei es drum; deinen laß ich ihnen nicht. Nein, Eva, wie ich schon damals sagte, bin ich darum weniger, daß sie sagen, alles was ich bin, wär' ich durch mein Weib, oder bist du vor dir und mir darum schlechter, daß ihre Lästerzungen dich fein heimlich Kebsweib schelten? Wenn wir den Hof und Berlin verließen, ja dann würden sie erst züngeln und schreien; dann hätten sie recht. Ich gönne ihnen kein Recht nicht. Ich fühl's in mir, ich habe nun mal Lust, meinen Pelz unter ihren Schlägen zu schütteln, wie der Bär, bis ihre Arme müde werden, und dann will ich ihnen auch meine Zähne weisen und sie ansehen und probieren, ob sie's aushalten."

Darüber war nun Eva beruhigt. Es war nicht Eifersucht, noch was damit zusammenhängt; Hans Jürgens Blut floß zu ebenmäßig, als daß es um ein Luftbild aufwallte; aber es war noch etwas nicht in Richtigkeit mit dem Blute. Sie war so schmeichlerisch, und gewiß war Eva eine sehr gute Frau, aber sie war auch ihrer Mutter Tochter, und auch die Tochter der Urureltermutter, die im Paradies schon ihr die Ehre erwiesen, ihren Namen zu führen. Wer hätte sie falsch geschalten, wer nicht drauf einen leiblichen Eid getan, daß sie ein wahrhaftes Weib war: aber war ihre Mutter, Frau Brigitte, nicht auch eine so wahrhaftige Frau gewesen, als eine zehn Meilen in der Runde, und doch wo es ihres Mannes Bestes galt, nämlich was sie dafür hielt, zum Beispiel wenn seine Hosen gewaschen werden sollten, war sie nicht da vom geraden Wege ein klein wenig seitab gegangen, und damit es ihr Herr nicht merke, war sie nicht noch weiter, nämlich recht lügnerisch ihm um den Bart gegangen? Wer verargt's nun ihrer Tochter, wenn sie dem Mann auch um den Bart ging, wo sie meinte, es wäre zu seinem Besten, und zu ihrem auch, nämlich daß sie erführe, was ihn drückte. Wie sprach sie besorgt von den lieben kleinen Kindern, ob der Zahn, den das jüngste bekam, ihm Sorge mache, denn an den Zähnen nimmt der Todesengel manches Kind in den Himmel? Oder der kleine Georg und seine Wildheit? Ja er hatte, als er mit dem kleinen Prinzen vor der Stechbahn spielte, und der Kurprinz hatte sie geneckt oder zurecht gewiesen, mit einem Schneeball den durchlauchtigen Kurprinzen an die Nase geworfen.

„Ach lieber Gott, nun weiß ich's, das haben sie gewiß dem Kurfürsten hinterbracht, da ist er in die Wut geraten, darum hat er aufgestampft, darum ließ er dich rufen und sperrte sich mit dir ein, er war der wilde Mann, von dem sie sprechen und gegen dich! Nun weiß ich's, er hat dich im Zorne fortgeschickt. Aber wohin? — Bist in Nacht und Nebel wiedergekommen, heimlich durchs Hintertor. Darfst du dich nicht sehen lassen in Berlin? Sprich! Was würden deine Feinde sich ins Fäustchen lachen. Nein, das dürfte nicht sein. Da erlaubtest du mir, daß ich zum Kurfürsten ginge, da scheute ich mich gar nicht vor dem Gerede; das täte ich, das müßte ich tun, unserer Kinder wegen. O ich wollte zu ihm reden."

„Werd's schon selbst tun." Der Ritter lächelte. Der Mondmann schien auch zu lächeln, wie Eva vor dem Blick ihres Mannes die Augen niederschlug. Sie verstanden sich alle drei.

„Hältst denn deinen Mann für einen Bauern? Und hab' ich denn Künste, die du mir abfragen kannst?"

„Ja aber der Kurfürst —"

„Laß den Kurfürsten, und ihm seine Sorgen. Er hat ein groß Pack."

„Was schüttelt er sie ab! Und was auf dich, als ob du nicht auch deine Sorgen hättest. Wozu hat er denn seine Räte und Minister. Die müssen alles aufladen, dazu werden sie bezahlt."

„Und wozu mich? — Damit sie mich beneiden."

„Du siehst wieder Nebelbilder, Hans."

„Hans bin ich, ihrer, seiner, aller Welt Hans. Wie's von der Leber kommt, darf ich sprechen, der Hofnarr darf's auch; und auch er hat nichts Heimliches vor mir, das ist richtig —"

„Weil er weiß, daß du seines Vertrauens wert bist."

„Weil, Eva — der Herr vor seinem Hunde nichts Geheimes hat, vor seinem Kleiderstocke auch nicht, auch nicht vor der Vogelscheuche. Das bin ich ihm, darum behängt er mich mit Flitter und Ehren. Sie sollen vor mir sich bücken. Wenn sie schon vor seiner Puppe den Hut ziehen, was dann erst vor mir! Das ist's. Da fühlt er sich wohl, da fließt es ihm voll stillem Wohlbehagen durch die Glieder: der ist nur mein Machwerk, und —"

„Stell' dich mit ihnen auf die große Wage am Rathaus, sie in die eine Schale und du allein in die andere; du schnellst sie alle in die Luft. Das erkennen sie auch alle an."

„Wer denn, Eva? Die, wenn ich Kehrt mache, kichern, oder die mit dem Finger auf mich weisen! Hör' ich nicht ihr Flüstern? Der Schatten bleibt hinter mir, und der Schatten ist ein Fluch."

„Bist du nicht treu wie Gold, wer erkennt es nicht an! Nicht tapfer, ehrlich, hast du nicht ein gesund Urteil und Witz so viel du brauchst?"

„Und was noch sonst kann er mir geben, was mir fehlt? Oder wollte er es nur? Ihm ist's schon recht, daß, dem er traut, den anderen nicht trauen. Recht, daß ich wie ein Ausgestoßener umherschleiche, damit ich mich ihm allein anhängen muß, eine Klette an Rock. Aber wenn der Herr den Rock mal ausklopft, fällt die Klette ab, und die anderen treten sie mit den Füßen.

(Fortsetzung folgt.)

Präsidenten verloren gehen.) kann ich Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben. (Laute Bravorufe.)

Ledebour (Soz. Arb.) meldet sich zur Geschäftsordnung und erhält das Wort ebenfalls nicht. (Rufe bei der Sozialdem. Arbeitsgemeinschaft: Der tapfere Deutsche Reichstag! Der liberale Reichstagspräsident! Gegenrufe rechts: Halten Sie den Mund!)

Der Gesetzentwurf geht an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die

erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Altersrente und Waisenrente in der Invalidenversicherung.

Ministerialdirektor Dr. Caspar empfiehlt den Entwurf, der die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr herabsetzt.

Molkenbuhr (Soz.): Mit der Herabsetzung der Altersgrenze sind wir einverstanden, wir haben sie ja schon bei der Reichsversicherungsordnung beantragt, doch damals glaubte man, es würde das zu einer zu großen Belastung des Reichs und der Versicherungsgebühr führen. Jetzt ist amtlich festgestellt und zugegeben, daß auch Versicherungsmathematiker sich irren können. Freilich ist dieser Irrtum ganz unverzeihlich, weil seinerzeit bereits die nötigen statistischen Unterlagen vorlagen. Immerhin begrüßen wir es, daß der Fehler jetzt ausgeglichen werden soll. Ich beantrage aber trotzdem die Verweisung der Vorlage an eine Kommission, weil die in ihr enthaltene Reform der Waisenrente einer gründlichen Reform bedarf. — Der Redner berechnet mit Angabe vieler Zahlen eingehend die bei der R.-V.-O. festgesetzten Renten und fährt fort: Man hat also damals mit geradezu phantastischen Ziffern von Waisen gerechnet. Das Geld, das als wahrscheinliche Ausgabe in Rechnung gesetzt wurde, sollten wir wirklich an die Waisen auszahlen und ihre Lage verbessern. Unter dem jetzt aufgedeckten Mangel des Gesetzes sollte man die Hilflosesten und Aermsten nicht länger leiden lassen, sondern sofort eine Reform der Waisenversorgung vornehmen, deren Tragweite wir ja vollständig übersehen können. Es ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gegenwart, eine Anzahl von Kindern vor frühzeitigem Tode und vor Unterernährung zu retten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nur Kinderschutz und Kinderpflege kann einen Teil der Verluste des Schlachtfeldes ausgleichen. Die Vorlage aber ist kleinlich, sie will 400 000 jetzt vorhandenen Waisen die kärgliche Aufbesserung von 2 Mk. bis 2,50 Mk. geben.

Nach dem Kriege muß die gesamte Arbeiterversicherung einer Reform unterworfen werden, denn die Renten müssen der völlig veränderten Kaufkraft des Geldes angepaßt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Millionen Versicherter haben jahrelang dem Vaterland gedient und konnten dabei keine Beiträge zahlen und Rechte erwerben, ihre Gesundheit aber ist durch die Strapazen des Krieges schwer geschädigt. Große Summen werden nach dem Kriege daher nötig sein, doch soll man dazu nicht die Mittel der Waisen nehmen, der Ausbau der Waisenversicherung ist vielmehr eine der notwendigsten Aufgaben der nächsten Zukunft. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Ein Regierungsvertreter kritisiert die vom Vorredner angeführten Zahlen.

Büchner (Soz. Arb.): Die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr hätte längst durchgeführt werden müssen. Unerfreulich ist in dem Entwurf, daß die Herabsetzung der Altersgrenze bestraft werden soll mit einer Erhöhung der Wochenbeiträge für jede der Lohnklassen um 2 Pfennig vom 1. Januar 1917 ab. Das hat wohl niemand erwartet und zur Beruhigung der Versicherten kann es nicht dienen. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.). Man begründet es mit der Erhöhung der Waisenrente.

Molkenbuhr (Soz.) hält seine Zahlen gegenüber dem Regierungsvertreter aufrecht.

Damit schließt die Debatte. Das Gesetz wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die Novelle zum Kaligesetz.

Unterstaatssekretär Richter begründet die Vorlage mit den durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten, die jetzige Neufestsetzung der Beteiligungsziffern jetzt vorzunehmen. Die Preiserhöhung der Kalisalze sei notwendig, um der Notlage der Kaliindustrie abzuhelfen; die Ausfuhr von Kalisalzen ist erschwert durch die Rücksicht darauf, daß der Möglichkeit des Weitervertriebs an feindliche Länder vorgebeugt werden muß. Die Erhöhung von 2 Proz. treffe die Landwirtschaft und Industrie nicht zu schwer, dient aber dazu, die Kaliindustrie lebensfähig zu erhalten.

Brey (Soz.): In der Kommission wird die Belastung der Landwirtschaft durch dieses Gesetz sehr ernst zu prüfen sein. Das Kalisyndikat hat errechnet, daß die Produktion nicht verteuert werde. Die Landwirtschaft behauptet das Gegenteil. Auch die Wirkung auf die kaliverarbeitenden Industrien werden wir zu untersuchen haben, und für uns kommt noch ganz besonders die Rückwirkung auf die Kali- und sonstigen beteiligten Arbeiter in Betracht, deren Lage schon jetzt keineswegs eine rosige ist. Auf ihnen lastet der Krieg ganz besonders schwer, und es trifft auch nicht allgemein zu, daß die Preiserhöhung durch die Lohngestaltung erforderlich gemacht worden sei. Es fällt den Kaliarbeitern wahrlich nicht leicht, durchzuhalten. Die Vertreter der Arbeiter haben mit den Vertretern der Werksbesitzer über eine großzügige Regelung der gesamten Kaliindustrie und über die Einführung tariflich geregelter Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse verhandelt; während sich aber die nur in geringer Zahl erschienenen Werksvertreter ziemlich verständig und entgegenkommend erwiesen, änderte sich das, als wir mit mehr Vertretern und besonders den Direktoren der großen Gesellschaften verhandelten. Die Arbeiter wollen geschützt sein vor dem Herumwandern von Bergwerk zu Bergwerk, sie wollen ein gesichertes Arbeiterrecht und die Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu allen wichtigen Besprechungen und Befahrungen in der Kaliindustrie. Wir wünschen das Eingreifen des Reiches in diesem Sinne. Die Einführung von Tarifverträgen auch im Kalibergbau liegt in der Richtung der wirtschaftlichen Notwendigkeit, und ich bin überzeugt, daß die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen in diesem Sinne dafür eintreten werden. (Beifall.) Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an eine besondere Kommission.

Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.): Bei der heutigen Regelung des Kriegszulagenwesens scheinen die Kaliarbeiter vollständig leer ausgegangen zu sein. Der Zusammenbruch der Kaliindustrie, wie er sich jetzt im Kriege zum Teil vollzieht, ist eine Folge jahrzehntelanger [illegible] und Ueberlastungsgründen. (Sehr richtig!) Das Kaligesetz hat nicht gewirkt in der Richtung der Einschränkung überflüssiger Kalischachtanlagen, sondern hat vielmehr eine ungeheure Vermehrung der Anlagen herbeigeführt; sogar noch im Kriege sind mehr als zwanzig Schächte hinzugekommen. Das ist ein unwirtschaftliches und unvernünftiges Treiben, und es ist dringende Aufgabe der Gesetzgebung, jetzt das zu tun, was früher schon erstrebt wurde, nämlich die Bodenschätze an Kali wirklich im Interesse der Allgemeinheit [illegible] zu machen. Bei dem jetzigen Stand der Kaliindustrie ist auch vom [illegible] Standpunkt, vom Standpunkt [illegible] Gesellschaften aus die beste Gelegenheit, die Hand auf die Kaliindustrie zu legen und die Verstaatlichung vorzunehmen. (Beifall b. d. Soz. Arb.)

Ein Regierungskommissar sagt dem Vorredner gegenüber, daß die Löhne der Arbeiter in den staatlichen Kalibetrieben in den letzten Jahren gestiegen seien.

Das Gesetz geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Dr. Kaempf bittet um die Ermächtigung, die nächste Sitzung nach eigenem Ermessen festzusetzen; jedenfalls soll sie nicht früher stattfinden als am 2. Mai.

Ledebour (Soz. Arb.): Ich beantrage, die nächste Sitzung morgen abzuhalten und als ersten Punkt der Tagesordnung den Etat des Reichstages darauf zu setzen. Nach den Vorkommnissen am Sonnabend ist es dringend notwendig, daß der Reichstag die erste Gelegenheit benutzt, um Schutzwehr zu finden, die es verhindern, daß künftig Abgeordnete in solcher Weise durch Gewaltschritte an der Ausübung ihrer parlamentarischen Rechte und Pflichten gehindert werden (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.), daß [illegible] gehindert werden, die es künftig unmöglich machen (Zuruf: Das Sozialdemokraten gewesen!), daß nach der Sitzung, wie es nach der Sitzung geschehen ist, die [illegible] Bericht-erstattung über die Verhandlungen dieses Hauses verhindert wird. Das ist eine Verfassungsverletzung! (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Sie alle haben das größte Interesse daran, daß derartige Vorkommnisse sich nicht wiederholen. (Unruhe.) Beim Etat des Reichstages können Anträge, die meine Fraktion vorbereitet hat, zur Verhandlung gelangen. Darf ich noch darauf hinweisen, daß nur leider ein kleiner Teil der hier Anwesenden an der Sonnabend-Sitzung teilgenommen hat und sie durch die Parlamentsberichte . . .

Präsident Dr. Kaempf: Das gehört nicht zur Tagesordnung!

Ledebour: Doch, es gehört zur Begründung meines Antrages!

Präsident Dr. Kaempf: Sie müssen sich meiner Anordnung fügen!

Ledebour: Dann bitte ich, meinen Antrag anzunehmen!

Präsident Dr. Kaempf: Der Etat des Reichstages ist noch in der Kommission.

Ledebour: Der Etat des Reichstages ist sonst, in Friedenszeiten in fünf Minuten erledigt worden; die Kommission kann ihn also morgen vormittag sehr gut durchberaten.

Scheidemann (SD.): Meine Fraktion kommt in eine große Verlegenheit, und zwar aus folgendem Grunde: Wir haben gegen eine Beratung, wie sie gewünscht wird, natürlich gar nichts einzuwenden, im Gegenteil, ich glaube, daß wir alle, das ganze Haus, diese Beratung sogar sehr wünschen! (Zustimmung und Heiterkeit.) Wir sind aber nicht in der Lage, dafür zu stimmen, daß diese Beratung morgen stattfindet; ich will auch sagen, warum. Eine Anzahl unserer Fraktionskollegen hat mich gefragt, ob sie dringender Geschäfte wegen abreisen könnten. Als ich ihnen sagte, darüber könne ich auch nichts Bestimmtes sagen, haben sie mich mit sehr zweifelhaften Blicken angesehen und mir erklärt, daß auf eine ähnliche Frage, die sie an den Abgeordneten Haase gerichtet hätten, er ihnen gesagt habe: Ihr könnt unter allen Umständen abreisen. (Hört, hört!) Ich habe erwidert, wenn Haase das bestimmt weiß, dann habe ich natürlich nichts dagegen. Aber nun, nachdem die Kollegen abgereist sind, und ich ihnen gesagt habe, morgen werde keine Sitzung sein, kann ich unmöglich dafür eintreten, daß morgen trotzdem Sitzung sein soll. Ich wäre also dafür, daß die Frage, die der Abgeordnete Ledebour vorgeschlagen hat, so schnell wie möglich beraten werde, kann aber leider nicht dafür stimmen, daß das morgen geschehen soll.

Haase (Soz. Arb.): Ich will nur feststellen, daß die Behauptung des Abg. Scheidemann eine irrtümliche ist; ich habe keinem Abgeordneten gesagt, er könne nach Hause fahren, morgen finde keine Sitzung statt. Ich habe auf Anfrage von einem oder zwei Kollegen gesagt, die Parteien wünschten, daß heute Schluß gemacht werde und daß morgen keine Sitzung mehr stattfinde.

Ledebour (Soz. Arb.): Dieses Mißverständnis kann kein Grund sein, daß wir deshalb morgen nicht sitzen; die Abgeordneten, die abgereist sind, können unter allen Umständen telegraphisch zurückberufen werden. (Ironische Zustimmung rechts und bei den Natl.) Das kommt alle Augenblicke vor, ich glaube, es wäre auch hier angebracht.

Haase (Soz. Arb.): Ich erfahre soeben vom Abg. Scheidemann, daß es sich um den Abg. Edmund Fischer handeln soll. Ich stelle fest, daß ich dem Abg. Edmund Fischer im Gegenteil gesagt habe, welchen Antrag wir zu stellen beabsichtigten, und daß mit keinem Wort die Rede davon gewesen ist, daß er etwa nach Hause fahren könne.

Scheidemann (SD.): Ich muß dann den beiden Kollegen Haase und Edmund Fischer überlassen, sich auseinanderzusetzen (Haase: Das wird auch in der Presse geschehen.), wer von beiden richtige Auskunft gegeben hat. Jedenfalls hat mir Genosse Edmund Fischer ausdrücklich erklärt, unter keinen Umständen sei morgen Sitzung.

Der Antrag Ledebour wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und einiger Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt, und mit demselben Stimmenverhältnis dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, die nächste Sitzung von sich aus einzuberufen, jedenfalls aber nicht vor dem 2. Mai.

Präsident Dr. Kaempf schließt die Sitzung mit Wünschen an die Abgeordneten für das Osterfest. (Beifall.)

Schluß 7¼ Uhr.

Zur Beachtung!

Im Bericht über die Sonnabend-Sitzung ist versehentlich unterblieben, den Schluß von dem Hauptteil zu unterscheiden. Unser eigener Bericht geht bis zu den Worten: „Es folgt die zweite Lesung des Etats des Reichsschatzamtes." Die unmittelbar anschließenden Zeilen sind amtlicher Bericht.

Das angebliche Friedensangebot.

Die „Chemnitzer Volksstimme" hatte kürzlich die auch von Haase aufgestellte Behauptung, daß die deutsche Regierung ein englisches Friedensangebot abgelehnt habe, gebracht. Dazu schreibt Genosse Haase im „Vorwärts":

Im April 1915 hat der Unterstaatssekretär Dresselhuys im Haag den Herren v. Tepper-Laski und Schücking in einer privaten Unterredung, zu der er sie eingeladen hatte, und nicht etwa in einer Sitzung des Anti-Orlog-Raad, mitgeteilt, ein Freund von ihm habe in London von einer im dortigen Auswärtigen Amt sehr einflußreichen Persönlichkeit auf eine Anfrage die Antwort erhalten, es würde sofort mit Deutschland über einen Frieden verhandelt werden können, wenn England nur wüßte, daß Deutschland nicht dauernd Belgien behalten wolle. Herr Dresselhuys hat sich infolgedessen erboten, nach Deutschland zu kommen, um Friedensverhandlungen anzubahnen, die, falls sie auch nur einige Aussicht auf Erfolg böten, von der angesehensten Persönlichkeit seines Landes, etwa dem Justizminister, fortgesetzt werden sollten. Diese Feststellung beruht auf der Bekundung der unmittelbaren Zeugen, deren Glaubwürdigkeit niemand anzweifelt, und auf der Bestätigung durch die ebenso glaubwürdigen Herren Professor Quidde in München und Rudolf Goldscheid in Wien, die die Tatsachen sofort von den Beteiligten selbst im Haag erfahren haben.

Die Bemühungen um die Ermächtigung, Herrn Dresselhuys nach Berlin zur Anbahnung von Verhandlungen einzuladen, sind, wie [illegible] ist, erfolglos gewesen.

Mehr als diese beglaubigten Tatsachen habe ich niemals behauptet; ihre Bedeutung kann nur verkennen, wer Scheuklappen vor den Augen hat.

Hat der Unterstaatssekretär Zimmermann die Tatsachen selbst bestritten? Durchaus nicht. Nach dem Bericht der „Chemnitzer Volksstimme" hat er erklärt, daß niemals ein englischer Friedensunterhändler abgewiesen sei, daß nach der Angabe, die ihm Herr Schücking gemacht habe, Herr Dresselhuys weder im Auftrage der holländischen Regierung handelte, noch Vorschläge der englischen Regierung zu überbringen hatte. Damit wird zu widerlegen versucht, was nie behauptet worden ist. Herr Dresselhuys handelte für seine Person, aber nicht ins Blaue hinein, sondern gestützt auf die Erklärung einer im Auswärtigen Amt in London sehr einflußreichen Persönlichkeit. Das ist kein ungewöhnlicher Weg zur Anbahnung von Verhandlungen.

Die Aufklärung, die mir Herr Zimmermann gegeben hat, beschränkt sich auf folgendes: Er hat mir Kenntnis von Unterredungen gegeben, die mehrere Monate nach dem Vorgang im Haag Persönlichkeiten aus dem neutralen Ausland mit englischen Politikern und einem belgischen Politiker in London gehabt haben. Der Bericht über diese Unterredungen ließ erkennen, daß die Stimmung in England damals wenig friedensfreundlich war, was ich selbst auf Grund bekannter politischer Ereignisse anerkannte. Neben dem Vorfall im Haag legte mir Herr Zimmermann, das Auswärtige Amt habe bona fides gehandelt, es habe in Herrn Dresselhuys nur einen Pazifisten erblicken können, hinter dem nichts stehe.

Die bona fides des Herrn Zimmermann in Zweifel zu ziehen, hatte ich keinen Anlaß. Er ist bei der Ablehnung, Herrn Dresselhuys nach Berlin kommen zu lassen, soweit mir bekannt ist, persönlich gar nicht beteiligt gewesen. Die Unterredung, die er nach seiner Angabe mit Herrn Schücking gehabt hat, hat wohl erst nachher stattgefunden. Wenigstens hat Herr v. Tepper-Laski in einem schon im vorigen Jahre an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gesandten Bericht, der dort nicht zum Abdruck gekommen, aber seinem Wortlaut nach in politischen Kreisen bekannt geworden ist, Herrn Zimmermann gar nicht erwähnt. Er berichtet vielmehr, daß die Unterredung zwischen ihm, Herrn Schücking und Dresselhuys sofort vom Haag aus schriftlich dem Botschafter a. D. v. Stumm und dem Gesandten a. D. v. Leyden mitgeteilt worden sei, die dem Auswärtigen Amt nahestanden, und daß der Botschafter a. D. v. Stumm zu erkennen gegeben habe, daß nach seinen Informationen zurzeit an leitender Stelle nichts zu erreichen sei.

Bei diesem Tatbestand wird für einen Sozialdemokraten wohl noch die Frage erlaubt sein: „Ist es zu viel verlangt, daß eine Regierung, wenn sie wirklich friedensbereit ist, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, einen Unterhändler, der sich anbietet, zu empfangen, um wenigstens festzustellen, ob und inwieweit eine gegnerische Regierung zum Frieden geneigt ist?"

Anhänger der Fraktionsmehrheit verbreiten immer wieder mit der Miene der Eingeweihten, daß die Regierung stets friedensbereit gewesen sei; und sie haben dadurch wichtige Entscheidungen des Parteiausschusses und der Fraktion zu beeinflussen verstanden. Wie es mit dieser Behauptung steht, darüber ist von offiziöser Stelle selbst volle Klarheit geschaffen worden.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat am 25. April 1915 an dem Kopfe des Hauptblattes einen „Politischen Tagesbericht" vom 24. April 1915 gebracht, in dem es heißt:

„Kein Urteilsfähiger kann daran denken, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses irgendeinem seiner Feinde preiszugeben. Nach der vorläufig allein möglichen allgemeinen Umschreibung des Kriegszieles, die der Reichskanzler in seinen Reden gegeben hat, müssen wir jeden Vorteil der militärischen Lage benutzen, um Sicherheit zu schaffen, daß keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören. Dabei muß es bleiben. Die Gerüchte über deutsche Friedensneigungen sind gegenüber unserer unverminderten Entschlossenheit zur Niederkämpfung der Gegner törichte oder böswillige, auf jeden Fall aber müßige Erfindungen."

Diese offiziöse Notiz beweist, daß im April 1915 in amtlichen Kreisen ein Friedensschluß als ein vorzeitiger angesehen wurde, und daß es als die Aufgabe galt, zunächst die Gegner niederzukämpfen.

Daraus ergibt sich der unabweisliche Schluß, daß Herr Dresselhuis damals, auch wenn hinter ihm die englische Regierung stand, auf Gehör nicht rechnen konnte. Die Hetze der „Chemnitzer Volksstimme" gegen mich hat nur den Zweck, von dieser wichtigen Tatsache abzulenken.

Kein Urteilsfähiger kann bestreiten, daß meine tatsächlichen Angaben sich mit den unanfechtbaren Zeugnissen decken, und es gehört kein großes Maß historischer Kritik dazu, um auch den Schlußfolgerungen die Berechtigung nicht zu versagen.

Aus der Partei.

Genossin Zietz erkrankt. Wie wir erfahren, liegt Genossin Zietz seit 14 Tagen an einer schlimmen Nierenerkrankung darnieder. Hoffentlich übersteht unsere Genossin die Krankheit recht bald gut.

Noch eine Absplitterung? Unser oberelsässisches Parteiblatt, die „Mülhauser Volkszeitung", bringt nach dem spät erschienenen amtlichen Protokoll der Sitzung vom 3. Februar des Gemeindeausschusses von Mülhausen einen Teil der damals vom Genossen Emmel gehaltenen Rede in einer Debatte über Freiheit der Kritik der Presse. Auf die Bemerkung Emmels über spätere Auseinandersetzungen, in allen Dingen habe er es nur mit den Mitgliedern der Sozialdemokratie zu tun, rief das Gemeindeausschußmitglied Gjell: „Dann rechnet Emmel mit Emmel ab; denn sonst wird niemand zugegen sein!" Zu dieser Feststellung aus dem Protokoll bemerkt nun unser Mülhauser Parteiblatt: „Gjell, Angestellter des Textilarbeiterverbandes, ist Vorsitzender der bisherigen sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion. Sein Zuruf, der in der Sitzung am Pressetisch nicht zu verstehen war, kann gar nicht anders gedeutet werden, als daß Gjell sich nicht mehr zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands rechnet. Inwieweit seine Freunde hierin mit ihm übereinstimmen, wissen wir nicht. Tatsache ist, daß sie den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei seit Kriegsbeginn nicht mehr nachkommen. Genau so wie mit der Partei steht es auch mit andern Institutionen der modernen Arbeiterbewegung. Im Interesse der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung ist diese Klärung nur zu begrüßen. Jeder weiß jetzt, woran er ist. Gjell war seit längerer Zeit Reichstagskandidat der Partei für den Wahlkreis Altkirch-Thann. Er ist Mitglied des Bezirkstages für das Obereljaß und des Gemeindeausschusses. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese ganze Angelegenheit mit der Erzählung über Gründung einer sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens in Zusammenhang bringt."

Die Kinderpflege der Wiener Arbeiterschaft im Kriege. Der österreichische Arbeiterverein der Kinderfreunde hat 1915 zur Beschäftigung, Belehrung und Erholung der Arbeiterkinder in Wien 4484 Veranstaltungen ausgeführt, an denen 184 860 Kinder teilnahmen. Leider ist die Spieltätigkeit infolge immer weiterer Einberufungen der Spielleiter und Inanspruchnahme von Spielplätzen für militärische Zwecke stark zurückgegangen. Auch wurden die Veranstaltungen durch den Kriegszustand stark beeinträchtigt. Neu eingeführt wurden Unterrichte im Gemüsebau, dagegen mußte der Handfertigkeitsunterricht eingeschränkt werden, nicht zuletzt, weil so viele Arbeiterkinder stundenlang vor den Lebensmittelgeschäften warten müssen. An Märchenvorlesungen, Musikpflege, Stenographie-Unterricht, Eislaufen und Heimspielen hat der Verein sein Möglichstes getan. Die Verschmelzung des Wiener Vereins mit dem alpenländischen in Graz und mit dem Brünner Verein zu einem Reichsverein ist in Angriff genommen.

Aus Nah und Fern.

Ein japanischer Dampfer gesunken. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Tokio: In der Nähe von Nagasaki ist in der Nacht zum 30. März der Dampfer „Waramatsu Maru" gesunken. 105 Personen sind ertrunken.

Lustmord. In einer Wasserschleuse in der Nähe von Reichenhain bei Chemnitz wurde die Leiche eines 14jährigen Mädchens aufgefunden. Nach dem Befund handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Lustmord. Die Persönlichkeit des ermordeten Mädchens konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die Arme der Ermordeten waren auf dem Rücken gebunden. Die Leiche war in ein Rohr eingezwängt worden, nur Schuhe und Hut waren sichtbar. Die Ermittelungen der Polizei erstrecken sich zunächst auf die Identifizierung des ermordeten Mädchens.

Ein Schießunglück. Aus Hirschberg wird gemeldet: Beim Spielen mit einem Tesching erschoß der 18jährige Knecht Brenzel in Bobischau den gleichaltrigen Knecht Standitz. Als der Schütze sah, was er angerichtet hatte, erschoß er sich selbst.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.